



Ergebnisbericht der Vernehmlassung zum Zusatzbericht

Parlamentarische Initiative 21.403 Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

August 2024



Inhalt

1	Ausgangslage	3
2	Gegenstand	4
3	Stellungnahmen	5
4	Stellungnahmen zur Vorlage als Ganzes	6
5	Stellungnahmen zu einzelnen Punkten.....	8
5.1	Betreuungszulage	8
5.1.1	Finanzierung	8
5.1.2	Durchführung	9
5.1.3	Anreizsystem und Mitnahmeeffekte	12
5.1.4	Geltungsbereich.....	13
5.1.5	Weiteres.....	18
5.2	Zuschlag für Betreuungszulagen durch Arbeitslosenversicherung (ALV)	21
5.3	Programmvereinbarungen.....	22
5.3.1	Allgemeines	22
5.3.2	Förderbereiche	23
5.3.3	Eingesetzte Mittel	27
5.4	Statistiken.....	28
6	Anhang	30
1	Ausgangslage	3
2	Gegenstand	4
3	Stellungnahmen	5
4	Stellungnahmen zur Vorlage als Ganzes	6
5	Stellungnahmen zu einzelnen Punkten.....	8
5.1	Betreuungszulage	8
5.1.1	Finanzierung	8
5.1.2	Durchführung	9
5.1.3	Anreizsystem und Mitnahmeeffekte	12
5.1.4	Geltungsbereich.....	13
5.1.5	Weiteres.....	18
5.2	Zuschlag für Betreuungszulagen durch Arbeitslosenversicherung (ALV)	21
5.3	Programmvereinbarungen.....	22
5.3.1	Allgemeines	22
5.3.2	Förderbereiche	23
5.3.3	Eingesetzte Mittel	27
5.4	Statistiken.....	28
6	Anhang	30

1 Ausgangslage

Das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (KBFHG) ist seit dem 1. Februar 2003 in Kraft. Der Bund will mit diesem befristeten Impulsprogramm eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung erreichen. Zu diesem Zweck gewährt er Finanzhilfen für die Schaffung eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots in der Schweiz. und Seit 2018 beteiligt sich der Bund an Subventionserhöhungen der Kantone zur Senkung der Betreuungskosten der Eltern. Das Impulsprogramm war ursprünglich auf acht Jahre befristet und wurde seither mehrmals verlängert. Am 30. September 2022 haben die Eidgenössischen Räte der Verlängerung des KBFHG bis Ende 2024 zugestimmt. Um Lücken im Engagement des Bundes zu verhindern und sich gleichzeitig die nötige Zeit zu geben, um Alternativen für den Bundesbeitrag zu prüfen, entschied die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) eine weitere Verlängerung der bestehenden Finanzhilfen. Am 20. November 2023 beschloss die WBK-S, eine neue parlamentarische Initiative (23.478 «Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2026») einzureichen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) stimmte der Ausarbeitung der neuen Initiative am 11. Januar 2024 zu. In ihrer Gesamtabstimmung vom 23. Januar 2024 hiess die WBK-S den Gesetzesentwurf zur Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende 2026 und den Bundesbeschluss über die Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung (KBFHG) gut. Der Ständerat hat der Verlängerung am 4. Juni 2024 zugestimmt.

Am 18. Februar 2021 reichte die WBK-N die parlamentarische Initiative «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» (21.403) ein, mit dem Ziel, das befristete Impulsprogramm abzulösen und in eine stetige Unterstützung überzuführen. Am 29. März 2021 hat die WBK-S der parlamentarischen Initiative Folge gegeben. Die WBK-N hat eine Subkommission eingesetzt, um einen Gesetzesentwurf zur Konkretisierung des Initiativanliegens auszuarbeiten. Am 28. April 2022 hiess die WBK-N einen Gesetzesvorentwurf samt erläuterndem Bericht sowie den Entwurf eines Bundesbeschlusses gut. Die Vernehmlassung wurde am 17. Mai 2022 eröffnet und dauerte bis am 7. September 2022.

Am 1 März 2023 verabschiedete der Nationalrat den Entwurf zum Bundesgesetz über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKiBeG).

Am 22. August 2023 beschloss die WBK-S, auf die Vorlagen einzutreten. Zudem erteilte sie der Verwaltung mehrere Prüfaufträge, um eine Variante gestützt auf das Bundesgesetz über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen (FamZG) zu untersuchen. An ihrer Sitzung vom 15. Februar 2024 verabschiedete die WBK-S ihr Konzept betreffend E-FamZG und E-UKiBeG sowie den Entwurf zum Bundesbeschluss über einen Verpflichtungskredit; die Vernehmlassung dazu dauerte bis am 12. Juni 2024.

2 Gegenstand

Mit der Gesetzesvorlage werden zwei übergeordnete Ziele angestrebt: die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung sowie die Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter zu verbessern. Daher liegt der Schwerpunkt auf der familienergänzenden Kinderbetreuung, da diese bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit eine Schlüsselrolle spielt.

Betreuungszulage

Nach Ansicht der WBK-S wird ihr Ansatz, über das Familienzulagengesetz eine weitere, gesamtschweizerisch vorzusehende Zulage einzuführen, den angestrebten Zielen besser gerecht. Die Familienzulagen dienen dazu, die den Eltern aufgrund eines oder mehrerer Kinder entstehenden Kosten teilweise auszugleichen. Eine an die Nutzung institutioneller Betreuungseinrichtungen gekoppelte Betreuungszulage würde diesem Grundsatz somit entsprechen. Ausserdem leitet sich der Anspruch auf eine Familienzulage grundsätzlich aus der Ausübung einer Erwerbstätigkeit ab, was einen wichtigen Bezug zwischen einer neuen Familienleistung und der zu erwartenden stärkeren Integration beider Eltern in den Arbeitsmarkt herstellt.

Der Mindestbetrag der Zulage beträgt 100 Franken pro Monat für Kinder, die einen Tag pro Woche institutionell betreut werden. Für jeden zusätzlichen Betreuungshalbtag erhöht sich die Zulage um 50 Franken pro Monat auf maximal 500 Franken pro Monat für ein Kind, das an fünf Tagen pro Woche institutionell betreut wird. Die Betreuungszulage wird ab dem Geburtsmonat bis zum Ende desjenigen Monats ausbezahlt, in dem das Kind das siebte Lebensjahr vollendet.

Für die Finanzierung der Betreuungszulage sind die Kantone zuständig. Die WBK-S erachtet es als Möglichkeit, analog zu den Kinder- und den Ausbildungszulagen eine paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmende vorzusehen. Damit die Arbeitgeberbeiträge allein ausreichen, um die Kosten für die neue Familienzulage in der Höhe von 637 Millionen Franken zu finanzieren, müssten die Beiträge um durchschnittlich rund 1,95 Prozent erhöht werden (verglichen mit den bisher vorgesehenen 1,75 Prozent).

Programmvereinbarungen

Als zweites Förderinstrument sieht die Vorlage Programmvereinbarungen zwischen dem Bund und den Kantonen vor. Wie der Nationalrat erachtet auch die WBK-S Programmvereinbarungen als ein geeignetes Instrument seitens des Bundes, um die Kantone und Gemeinden im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung zu unterstützen. In diesem Rahmen kann der Bund den Kantonen globale Finanzhilfen für den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung gewähren. Dadurch kann der Bund die Schaffung institutioneller Betreuungsplätze für Kinder im Vorschul- und Schulalter zur Schliessung von Angebotslücken sowie für Kinder mit Behinderungen im Vorschul- und Schulalter zur Senkung der Kosten zulasten der Eltern unterstützen. Des Weiteren kann der Bund den Kantonen gestützt auf Programmvereinbarungen globale Finanzhilfen für Massnahmen zur Weiterentwicklung ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern gewähren.

Die WBK-S rechnet mit Programmvereinbarungskosten in der Höhe von 128 Millionen Franken, die über vier Jahre hinweg wie folgt auf die drei Förderbereiche verteilt werden sollen: 44 Millionen Franken für die Schaffung von Betreuungsplätzen (Art. 13 Abs. 1 Bst. a), 56 Millionen Franken für Kinder mit Behinderungen (Art. 13 Abs. 1 Bst. d) und 28 Millionen Franken für den Förderbereich Frühe Förderung (Art. 13 Abs. 2). Es sind maximal drei 4-jährige Vertragsperioden vorgesehen.

3 Stellungnahmen

Insgesamt gingen 144 Stellungnahmen ein.

	Adressaten	Anzahl eingela- dene Teilneh- mende	Anzahl Stellungnahmen
1	Kantone (einschliesslich Konferenz der Kantons- regierungen, KdK)	27	26
2	Politische Parteien und Parteigruppierungen	11	11
3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Ge- meinden, Städte und Berggebiete	4	2
4	Verbände der Wirtschaft	17	20
5	Durchführungsstellen	4	4
6	Zusätzliche Adressaten	23	81
	Total	86	144

Die Stellungnahmen sind auf der Internetseite [Abgeschlossene Vernehmlassungen](#)¹ abrufbar. Die Liste der im Bericht genannten Vernehmlassungsteilnehmenden (mit den verwendeten Abkürzungen) ist im Anhang zu finden.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die eingereichten Stellungnahmen und enthält eine nicht wertende Zusammenfassung der Inhalte.

Die Kategorie der «Zusätzlichen Adressaten» umfasst hauptsächlich ausserparlamentarische Kommissionen sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Behinderten-, Familien-, Frauen- und Kinderbetreuungsorganisationen, Verbände, die sich für Kinder einsetzen, sowie Gesundheitsorganisationen und Privatpersonen.

Bei diesen zusätzlichen Adressaten sind einige Stellungnahmen identisch oder sehr ähnlich. Folgende Feststellung kann getroffen werden:

- 50 Organisationen² haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **kibesuisse** eingereicht.
- 6 Organisationen³ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **alliance F** eingereicht.
- 2 Organisationen⁴ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **Procap** eingereicht.
- 2 Organisationen⁵ haben eine ähnliche oder identische Stellungnahme wie **KiQ** eingereicht.

¹ www.bundesrecht.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > Parl.

² Association des directions d'institutions pour l'enfance ; Chinderhuis Nidwalden; Chinderhus Aarau; Familea; KIBE Region Huttwil; Kinderbetreuung GGS; Kinderkrippe Olten; Kinderkrippe Sennhof; Kinderkrippe Storchensäsch; Kinderkrippenverein Dietikon; KinderOase GmbH; Kindervilla Chäferfäscht; Kinderwelt Jegenstorf; Kita&Hort Zug West; Kita Bachtelen; Kita Calimero; Kita Chlinä Chnopf; Kita Chutz; Kita Colomin; Kita Gwundertrucker; Kita Hand in Hand; Kita Känguru Aare; Kita Känguru Guyerweg; Kita Nepomuk; Kita Sandkasten; Kita Spiez; Kita Sumiswald; Kita Sunneschyn; Kita Villa Kunterbunt; Kita Waldmus; Kita Windredli; Kita Zwärgehuus; Kita Deitingen; Kita Murifeld; Tageselternverein Worb; Primarschulpflege Turbenthal; Verein ABB Kinderkrippen Baden; Verein ABB Kinderkrippen; Verein KiBe Region Sursee; Verein Nestwärme Kinderbetreuung Studen; Verein evangelische Kinderkrippe Froheheim; Einwohnergemeinde Kandersteg; Gemeinnützige Frauen Aarau; Take best care; Tagesfamilien Zürcher Unterland; KiHZ; Playground Education; Kita/Preschool Feusi Kim Rolli.

³ Frauenzentrale Aargau; Frauenzentrale Bern; Frauenzentrale Zürich; Frieda; SBLV; insieme.

⁴ Inclusion Handicap; Schweizerischer Gehörlosenbun.

⁵ Pop e poppa; KIMI Krippen AG.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Name der einzelnen Organisationen, die eine identische oder sehr ähnlich Stellungnahme abgegeben haben, bei den weiteren Organisation nicht wiederholt.

4 Stellungnahmen zur Vorlage als Ganzes⁶

Die Mehrheit der Kantone, nämlich 13 (AI, AR, BL, BS, FR, GE, JU, LU, NW, OW, VD, VS und ZH) sowie der SSV und SGV unterstützen die Vorlage grundsätzlich. 5 Kantone (BE, NE, SO, TI und UR) lehnen die Vorlage mit einem alternativen Vorschlag zur Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung ab. 8 Kantone (AG, GL, GR, SG, SH, SZ, TG und ZG) lehnen die Vorlage ganz grundsätzlich ab. Von den 11 Parteien, die geantwortet haben, sprechen sich 4 Parteien (Die Junge Mitte, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP und GLP) für die Vorlage aus. 5 weitere Parteien (FDP-Frauen, GPS, SP und SP Frauen) lehnen die Vorlage zwar ab unterstützen aber ein alternatives Modell. 2 Parteien (FDP, SVP) lehnen den Entwurf ab. Bei den Verbänden der Wirtschaft, die Stellung genommen haben, heissen 2 (SAV, KFMV) die Vorlage gut, weitere 8 (SGB, Schw. GV, Travail.Suisse, Gastro.Suisse, HotellerieSuisse, SDV, SBLV), lehnen zwar diesen Vorschlag ab, aber befürworten einen alternativen Vorschlag zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung. 10 Verbände der Wirtschaft (economiesuisse, FER, Handel Schweiz, SBMV, SBV, AGV BS, CP, SOHK, Swissmem und ZHK) lehnen die Vorlage ab. Eine sehr grosse Mehrheit der interessierten Organisationen unterstützt die Vorlage. Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützt auch die Programmvereinbarungen.

Kantone, SODK und Dachverbände der Gemeinden und Städte

12 Kantone (AI, BL, BS, FR, GE, JU, LU, NW, OW, VD, VS und ZH) sowie der SSV unterstützen die Vorlage grundsätzlich. Der Kanton AR und der SGV zeigen sich offen gegenüber dem Entwurf, betonen aber, dass schlussendlich dasjenige Modell zur Umsetzung kommen soll, dass die Ziele der parlamentarischen Initiative effektiv und effizient erreicht und gleichzeitig politisch mehrheitsfähig sei. Die genannten Kantone und Verbände erachten eine Durchführung über die Familienzulagen als geeignet. Es bestehen jedoch verschiedene Änderungsanträge u. a. zur Finanzierung, zum Geltungsbereich oder den Inhalten der Programmvereinbarungen. Auf die entsprechenden Anträge wird bei den jeweiligen Kapiteln eingegangen.

5 Kantone (BE, NE, SO, TI und UR) lehnen die Vorlage ab, sprechen sich jedoch für einen alternativen Vorschlag aus. Der Kanton BE regt an, dass der Bund unter Achtung der Kompetenzordnung insbesondere ein Modell mit Beiträgen an die Kantone zwecks finanzieller Entlastung der Eltern prüfen soll. Die Kantone NE, SO, TI und UR bevorzugen die Vorlage des Nationalrats.

8 Kantone (AG, GL, GR, SG, SH, SZ, TG und ZG) lehnen die Vorlage ab, wobei AG, GL, SH und TG als Eventualantrag eine Durchführung über die Familienzulagen dennoch als teilweise geeignet erachten. Der Kanton TG unterstützt in sämtlichen Differenzen grundsätzlich die Haltung des Bundesrates. AG, GL, GR, SG, SH, SZ und ZG lehnen die Vorlage aus föderalen

⁶ Dieses Kapitel enthält eine Zusammenfassung der Stellungnahmen verschiedener Akteure. Explizite detaillierte Anmerkungen und Änderungsanträge werden in den nachfolgenden Kapiteln (5ff.) ausgeführt und an dieser Stelle nicht aufgegriffen. Ebenso werden in den Kapiteln 5ff. nicht nochmals die grundsätzlichen Positionen und impliziten Befürwortungen, die im Kapitel 4 erwähnt werden, aufgenommen sondern nur die Änderungsanträge oder die explizite Unterstützung einzelner Punkte.

Gründen ab, da sie die Zuständigkeit für die familienergänzende Kinderbetreuung bei den Kantonen und Gemeinden sehen.

Die Kantone **JU** und **TI** verweisen im Grundsatz auf die Stellungnahme der Schweizerische Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), die aber auf die Einreichung einer Stellungnahme verzichtet hat.

Politische Parteien

5 Parteien (**Die Junge Mitte, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP** und **GLP**) unterstützen die Vorlage. Sie äussern jedoch verschiedene Änderungsanträge unter anderem die Einführung eines Bonus-Malus-Systems gemäss der Vorlage des Nationalrats.

4 Parteien (**FDP-Frauen, GPS, SP** und **SP Frauen**) lehnen die Vorlage ab, befürworten jedoch einen alternativen Vorschlag im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die **FDP-Frauen** fordern eine Weiterführung der Anstossfinanzierung des Bundes für bedarfsgerechte Betreuungsangebote im bisherigen finanziellen Rahmen, bis schweizweit ausreichende Angebote vorhanden sind. Die **GPS** und die **SP** kritisieren, dass der Bund sich aus der Finanzierung zurückzieht und befürchten mit dem Modell der WBK-S eine fehlende Anreizwirkung und Steuerung. Daher sprechen sie sich grundsätzlich für die Vorlage des Nationalrats aus, wobei sie verschiedene Eventualanträge stellen. Die **SP Frauen** befürworten eine Verstetigung der Bundesfinanzhilfen und dass die Auszahlung an die Kantone an Bedingungen geknüpft werde, um Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf die Qualität, die Arbeitsbedingungen und die Tarifstrukturen zu haben. Zudem verlangen sie eine einkommensabhängige Tarifstruktur.

Die **FDP** und die **SVP** lehnen die Vorlage ab, da sie im Widerspruch zur Kompetenzordnung stehe. Die **SVP** fügt an, dass die Vorlage ein Fortschritt sei gegenüber der Vorlage des Nationalrats.

Verbände der Wirtschaft

2 Verbände (**KFMV, SAV**) unterstützen die Vorlage grundsätzlich, wobei sie aber unterschiedliche Änderungsanträge insbesondere zur Finanzierung stellen.

8 Verbände (**Schw. GV, SGB, Travail.Suisse, Gastro.Suisse, HotellerieSuisse, SDV, SBLV**), lehnen den Entwurf ab, aber befürworten einen alternativen Vorschlag zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Alle Arbeitgeberverbände lehnen die finanzielle Belastung der Arbeitgeber ab. **Gastro.Suisse** fordert eine Anpassung des Entwurfs des Nationalrats. **HotellerieSuisse** fordert eine Begrenzung der Förderung, um die Kosten der Vorlage zu senken, und der **SDV** fordert den Verzicht auf die Vorlage und alternativ die Entlastung mittels höherer Steuerabzüge. **Travail.Suisse** und **SBLV** bevorzugen den Entwurf des Nationalrats, und der **SGB** die Weiterführung des Impulsprogramms. Die Gewerkschaften (**SGB, Travail.Suisse** und **KFMV**) sprechen sich für eine paritätische Finanzierung durch Bund und Arbeitgeber aus.

10 Verbände der Wirtschaft (**economiesuisse, Handel Schweiz, SBMV, SBV, Swissmem, AGV BS, CP, FER, SOHK** und **ZHK**) lehnen die Vorlage grundsätzlich ab. Der **SBMV** und **Handel Schweiz** monieren die fehlende Anreizwirkung für die Kantone. **Economiesuisse, Handel Schweiz, SBV, CP** und **SOHK** erachten die Kantone und Gemeinden, jedoch nicht den Bund, als zuständig für die familienergänzende Kinderbetreuung. Alle Arbeitgeberverbände lehnen zudem die finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber ab.

EIT.swiss würdigt die Vorlage grundsätzlich positiv, spricht sich aber aufgrund der aktuellen Finanzlage des Bundes für einen Verzicht auf das Geschäft aus.

Durchführungsstellen

Die **KKAK** unterstützt die Vorlage grundsätzlich, während die **VVAK** sie ablehnt (vgl. Kapitel 5.1.2). Der **VSAA** hat eine Nullmeldung eingereicht. Die **AK ALV** beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf die vorgesehenen Änderungen im AVIG (vgl. Kapitel 5.2).

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Eine grosse Mehrheit der Organisationen (**a:primo**, **Agile**, **Alliance Enfance**, **alliance F**, **ARTISET**, **EKFF**, **EKF**, **EKKJ**, **EFS**, **Fiorino**, **Julia Good**, **kibesuisse**, **KiQ**, **Kinderschutz Schweiz**, **Muskelgesellschaft**, **Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz**, **Organisation Graap**, **Pro Enfance**, **Pro Juventute**, **Procap**, **SAVOIRSOCIAL**, **SHV**, **SF MVB**, **SRK**, **SSLV**, **Stadt St. Gallen Tagesbetreuung**, **Tagesfamilien Emme Plus** und **Hiki**) unterstützt die Vorlage grundsätzlich. Sie stellen aber verschiedene Änderungsanträge u. a. zur Finanzierung, dem Anreizsystem, dem Geltungsbereich und den Förderbereichen der Programmvereinbarungen.

Pro Familia lehnt den Entwurf ab und spricht sich für die Vorlage des Nationalrats aus. Die **Stiftung Zukunft CH** lehnt den Vorschlag ab und fordert als Alternative einen Betreuungsbeitrag, unabhängig davon, ob die Eltern des Kindes oder einer Drittperson oder eine institutionelles Kinderbetreuungsangebot das Kind betreuen.

Der **Verein Arbeitsgruppe Jugend und Familie** lehnt die Vorlage ab, da sie Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, benachteilige.

5 Stellungnahmen zu einzelnen Punkten

5.1 Betreuungszulage

5.1.1 Finanzierung

Die Vorlage der WBK-S sieht vor, die Finanzierung der Betreuungszulage in erster Linie durch Beiträge der Arbeitgeber sicherzustellen. Die Mehrheit der eingereichten Stellungnahmen erachtet eine Mischfinanzierung in unterschiedlicher Form als angebracht. Oftmals wird einerseits eine Beteiligung der Arbeitgeber in der Tendenz begrüsst, andererseits eine Beteiligung des Bundes gefordert. Die Arbeitgeberverbände lehnen eine Finanzierung über die Arbeitgeberbeiträge entschieden ab. Einzelne Stellungnahmen lehnen eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Finanzierung ausdrücklich ab.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

12 Kantone (**AI**, **AR**, **BE**, **BL**, **BS**, **FR**, **GL**, **NW**, **OW**, **SH**, **UR** und **ZH**) stimmen dem Einbezug der Arbeitgeber in die Finanzierung grundsätzlich zu, wobei einige eine Mischfinanzierung mit zusätzlicher Bundesbeteiligung fordern. Die Kantone **BS**, **GL**, **NW**, **SH** und **ZH** befürworten eine Finanzierung über die von der WBK-S vorgeschlagenen Arbeitgeberbeiträge. Der Kanton **AI** befürwortet ausserdem eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Finanzierung. Die Kantone **AR**, **BL**, **FR**, **OW** und **UR** schlagen eine kombinierte Finanzierung durch die Arbeitgeber sowie den Bund vor. Der Kanton **BE** fordert in seiner Stellungnahme eine paritätische Finanzierung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie seitens des Bundes.

6 Kantone (**AG**, **GE**, **NE**, **SO**, **TI** und **VD**) sehen alleinig den Bund in der Verantwortung die Betreuungszulage zu finanzieren.

Der **SGV** erachtet die familienergänzende Kinderbetreuung nicht alleine als kantonale und kommunale Aufgabe, sondern sieht die Verantwortung über alle Staatsebenen hinweg. Entsprechend solle der Bund auch eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen und einen substantiellen Teil der Kosten der Betreuungszulagen tragen. Auch der **SSV** sieht den Bund finanziell stärker in der Mitverantwortung und fordert, dass der Bund einen substantiellen Teil der Kosten trage.

Politische Parteien

Die **EVP** befürwortet die Finanzierung über die Arbeitgeberbeiträge gemäss der Vorlage.

Die **GPS**, die **GLP** sowie die **Mitte Frauen** erachten eine reine Finanzierung durch den Bund als angebracht.

Verschiedene Parteien haben sich für eine Mischfinanzierung aus, wobei die Varianten sich jeweils unterscheiden. Die **Junge Mitte** auf der einen Seite sieht eine Beteiligung der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer vor. Die **Mitte** spricht sich auf der anderen Seite für eine gemischte Finanzierung durch die Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie der Kantone aus. Die **SP** sowie die **SP Frauen** äussern sich zugunsten einer paritätischen Finanzierung durch die Arbeitgeber sowie durch den Bund.

Verbände der Wirtschaft

Der **SAV**, **SBMV** und **GastroSuisse** sehen die Verantwortung der Finanzierung beim Bund.

Handel Schweiz, die **ZHK** und die **SOHK** erachten die Kantone verantwortlich für die Finanzierung. Sie führen insbesondere aus, dass der Bund keine dauernde Rolle in der familienergänzenden Kinderbetreuung übernehmen solle.

Der **SGB**, **Travail.Suisse** und **Kaufmännische Verband** sprechen sich für eine paritätische Finanzierung, aufgeteilt zwischen den Arbeitgebern sowie dem Bund, aus.

Der **AGV BS** ist der Ansicht, dass für die familienergänzende Betreuung Steuergelder verwendet werden müssen.

Die Wirtschaftsverbände, die sich gegen die Vorlage stellen, äussern sich nicht explizit zur Höhe der Betreuungszulage.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Organisationen **a:primo**, **Alliance Enfance**, **Kinderschutz Schweiz**, **Pro Juventute**, **SSLV**, **Tagesfamilien Emme Plus** sprechen sich für die Finanzierung durch den Bund aus.

Eine Mischfinanzierung aufgeteilt zwischen den Arbeitgebern und dem Bund befürworten **EKFF**, **EKF**, **EKKJ**, **EFSEFS**, **kibesuisse**, **KiQ**, **Pro Familia**, **Pro Enfance**, **Procap**, **SA-VOIRSOCIAL**. Eine Mischfinanzierung mit zusätzlichen Mitteln der Kantone sehen **ARTISET**, **KiQ**, der **SF MVB** und der **SHV** als angezeigt.

Mehrere Teilnehmende, namentlich die **EKFF**, lehnen eine Finanzierung über Arbeitnehmerbeiträge ausdrücklich ab. Die **EFS** fordern eine allfällige Beteiligung der Arbeitnehmer erst ab einem Einkommen von 200'000 Franken pro Jahr.

5.1.2 Durchführung

Die Vorlage der WBK-S unterscheidet sich in einem weiteren wesentlichen Punkt von der Vorlage des Nationalrates: die Auszahlung der neu geschaffenen Betreuungszu-

lage soll über das System der Familienzulagen über die zuständigen Familienausgleichskassen erfolgen. Eine überwiegende Mehrheit der Adressaten und Vernehmlassungsteilnehmenden äussert sich implizit grundsätzlich positiv in Bezug auf die Durchführung, teilweise mit einzelnen Bedenken in Bezug auf den administrativen Aufwand. Wenige Vernehmlassungsteilnehmende erachten die Durchführung als explizit gänzlich ungeeignet.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

16 Kantone (**AG, AI, AR, BL, BS, FR, GL, JU, NE, NW, OW, SH, TI, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SSV** und **SGV** erachten die Durchführung über das System der Familienzulagen gemäss FamZG als geeignet. Sie begrüssen insbesondere die mutmasslich einfacheren administrativen Abläufe und dass bei der Prüfung der Ansprüche sowie der Auszahlung der Betreuungszulage auf ein bewährtes System abgestützt werden könne.

Die Meinung, dass die Durchführung teilweise geeignet bzw. teilweise ungeeignet ist, vertreten die Kantone **BE, GE, UR** und **TG**. **BE** merkt insbesondere an, dass der administrative Aufwand für die Kantone auch in der Vorlage der WBK-S nicht unterschätzt werden dürfe. Es sei bei den Familienausgleichskassen mit einem Mehraufwand zu rechnen und zudem müssten diverse kantonale Erlasse im Bereich der Familienpolitik angepasst werden. Auch der Kanton **UR** weist auf den höheren Aufwand für administrative Arbeiten für die Anmeldung der Zulage, Kontrolle der Legitimation und Abschluss der Unterstützung. Der Kanton **TG** macht ausführliche Bemerkungen zur Durchführung durch die Familienausgleichskassen und merkt an, dass diese genügend Vorbereitungszeit bis zur Einführung der Betreuungszulage zugestanden werden müsste. Weiter führt der Kanton **TG** aus, dass der Aufwand für eine reibungslose Gesetzesumsetzung in Anbetracht der notwendigen Anpassungen der IT-Systeme und der Arbeitsabläufe nicht zu unterschätzen wäre. Der Bund müsste zudem bis zur Einführung einer Betreuungszulage noch in einigen Konstellationen für klare Verhältnisse sorgen. Zu denken wäre insbesondere an die Frage der Zulagenberechtigung in unterschiedlichen Familienzusammensetzungen (verheiratet, Konkubinat, getrennt lebend, Patchwork u. a.). Weiter würde es zu bedenken gelten, dass nebst dem Wohnort und dem Betreuungsort neu auch der Arbeitsort in die Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung eingebunden werden müsste. Hierbei könnten bis zu drei Kantone involviert sein. Zu berücksichtigen wäre gar ein internationaler Kontext, wenn der Wohnort, Arbeitsort oder Betreuungsort der Eltern oder eines Elternteils im Ausland liegen sollte.

Die Kantone **GR, SO, SG** und **ZG** sind der Ansicht, dass die Durchführung über das System der FamZG nicht geeignet sei für die Auszahlung der Betreuungszulage. Dabei ist die Stellungnahme vom Kanton **GR** hervorzuheben, die den mutmasslich erhöhten Aufwand für die Familienausgleichskassen beschreibt. Der Kanton **GR** geht weiter davon aus, dass der Aufwand erheblich grösser sein wird, als im erläuternden Bericht beschrieben. Es könnte eine grosse Anzahl von jährlichen An- und Abmeldungen, Mutationsmeldungen etc. geben, die nicht mit

den bestehenden Personalressourcen zu bewerkstelligen sein würde. Weiter geben sie zu bedenken, dass die Anbieter der familienergänzenden Kinderbetreuung an das System der Familienzulagen angeschlossen werden müssten, was weiteren Mehraufwand bedeuten würde.

Politische Parteien

Die **Junge Mitte**, **SVP** und **EVP** begrüssen die vorgeschlagene Durchführung und erachten diese als geeignet. Sie verweisen insbesondere darauf, dass auf ein bestehendes System abgestützt werden kann.

Verbände der Wirtschaft

Viele Verbände der Wirtschaft äussern sich nicht explizit zur Durchführung der Vorlage. Die Wirtschaftsverbände, die sich gegen die Vorlage stellen, äussern sich nicht explizit zur Durchführung. Die Verbände **SAV**, **EIT.swiss** und **KFMV** erachten die Durchführung als sinnvoll, da sie auf einem bereits bestehenden System ohne grossen bürokratischen Mehraufwand abgewickelt werden könne.

Die gegenteilige Meinung vertreten der **Schw. GV**, **Swissmem**, **AGV BS**, **CP** und die **SOHK**. Der **Schw. GV** bemängeln, dass der gewählte Ansatz administrativ sehr aufwändig und teuer wäre. **CP** begründet die Ablehnung vor allem mit der nach ihrer Ansicht unannehmbaren, nicht zu bewältigenden Arbeitsbelastung für die Familienausgleichskassen, insbesondere im Zusammenhang mit der Gewährung von Familienzulagen und die Überprüfung der Voraussetzungen: Es würde darum gehen, den Status der Familienangehörigen zu überprüfen. Der **AGV BS** stellt dar, dass eine Abklärung bei den Ausgleichskassen ergeben habe, dass sehr hohe Verwaltungskosten generiert würden, die ebenfalls die Arbeitgeber finanzieren müssten.

Durchführungsstellen

Die **KKAK** nimmt ausführlich zur Durchführbarkeit Stellung und äussert sich positiv zum Entwurf der WBK-S. Sie heben insbesondere den grossen Vorteil des massentauglichen und bewährten Verfahrensrechts gemäss dem Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrecht (ATSG, SR 830.1) hervor. Dieses biete hohe Rechtssicherheit und sei bestens eingespielt. Das Rechtsmittelverfahren sei schweizweit sauber geregelt. Die **KKAK** verweist ausserdem darauf, dass es im Hinblick auf die Abwicklung sinnvoll wäre, wenn eine vollumfängliche digitale Kommunikation möglich wäre. Ein weiterer Vorteil wäre die schlanke kantonale Gesetzgebungsverfahren. Es brauche in aller Regel kein eigentliches kantonales Gesetzgebungsverfahren, sofern der Kanton keine Ausweitung des Anspruchs auf Betreuungszulagen oder keine kantonale Mitfinanzierung durch die Arbeitnehmenden wolle. Weiter geht die **KKAK** konkret auf das mögliche Verfahren ein. Sie sehen beispielsweise eine digitale Plattform zwischen den Familienausgleichskassen (FAK) und den Institutionen der familienergänzenden Betreuung vor. Die Institutionen wären dabei zu verpflichten den FAK jeweils eine Meldung über den Umfang der Betreuung zu erstatten, damit der Anspruch geprüft werden könne. Als möglicher Beweis könnte die Rechnung dienen. Damit die FAK überprüfen können, ob die Institution anerkannt ist, fordert die **KKAK** ein Register seitens der Kantone, welches die anerkannten Institutionen aufführt. Die **KKAK** legen ausserdem dar, dass der Verein eAHV/IV, der jetzt schon mit der technischen Koordination und Standardisierung der Schnittstellen, mit der Schaffung der Schnittstellen zwischen den Institutionen und FAK übernehmen könne. Die Institutionen wären

dann angehalten über das geschaffene Portal jeweils Meldung über den Betreuungsumfang zu erstatten. Die Kosten für die Durchführung wären durch die Arbeitgeber zu tragen.

Der **VVAK** nimmt ebenfalls Stellung und hinterfragt kritisch, ob der administrative Aufwand tatsächlich praktikabel ist. Es wären eine Vielzahl an Punkten zu berücksichtigen. Zu klären wäre u.a. die vorgeschlagene Anerkennung der Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung, bei deren Nutzung eine Betreuungszulage ausgerichtet wird. Diese Liste würde bedingen, dass diese erstellt und ständig nachgeführt werden müsste. Weiter müsste ständig geprüft werden, ob die Anerkennungskriterien noch erfüllt sind. Bereits dies würde einen erheblichen administrativen Mehraufwand bedeuten.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Mehrheit der Organisationen äussert sich nicht explizit zur Durchführung über das System der Familienzulagen. Die **EKFF**, **EKKJ**, **EFS**, **Fiorino**, **kibesuisse** und **KiQ** erachten die Durchführung als tauglich. Die **EKFF** begrüsst namentlich die mutmasslich einfacheren administrativen Abläufe.

Als teilweise geeignet stufen **a:primo**, **Organisation Graap** und **Pro Juventute** die Durchführung über die Familienausgleichskassen ein.

5.1.3 Anreizsystem und Mitnahmeeffekte

Während kaum ein Kanton sich für die Einführung eines Anreizsystems gemäss der nationalrätlichen Vorlage ausspricht, fordern viele politischen Parteien sowie einige Verbände der Wirtschaft und mehrere weitere interessierter Organisationen die Aufnahme eines Bonus-Malus-Systems im System der Betreuungszulage.

Kantone, Dachverbände der Gemeinden und Städte

Der Kanton **UR** erachtet es als kritisch, dass im Entwurf kein Anreizsystem vorgesehen ist wie in der Vorlage des Nationalrats (vgl. E-UKibeG Art. 8 und 9). Der Kanton **SH** spricht sich explizit gegen ein Anreizsystem aus, weil trotz anerkannter Vorteile aus Sicht dieses Kantons die Nachteile überwiegen. Einerseits sei ein solches System sehr aufwändig, was dem Ziel der einfachen Durchführungsstrukturen widerspreche. Andererseits würde das System für Familien in subventionsschwachen Kantonen einen bedeutenden Nachteil mit sich bringen, welcher sich negativ auf die angestrebte (erhöhte) Erwerbstätigkeit auswirken könne. Der Kanton **VD** äussert sich grundsätzlich zur Thematik der Mitnahmeeffekte. Die Preise der Leistungen seien im Zuständigkeitsbereich der Betreuungseinrichtungen, bei denen es sich um gewinnorientierte Unternehmen handeln könne. Es sei damit nicht auszuschliessen, dass die Betreibenden eine Erhöhung der Tarife in einem Umfang weitergeben würden, der mit den gewährten Zulagen vergleichbar sei.

Politische Parteien

6 Parteien (**Die Mitte Frauen**, **EVP**, **FDP-Frauen**, **GLP**, **GPS** und **SP**) fordern die Einführung eines Anreizsystems gemäss der Vorlage des Nationalrats. Die **SVP** weist darauf hin, dass ein Teil der Kritik, welche sie am ursprünglichen Entwurf geäussert habe, in der aktuellen Fassung

korrigiert sei. Dazu gehört beispielsweise, dass die Betreuungszulage weniger Mitnahmeeffekte verursachen dürfte als der ursprüngliche Bundesbeitrag.

Verbände der Wirtschaft

3 Verbände der Wirtschaft (**SAV, Travail.Suisse** und **KFMV**) fordern ein Anreizsystem in die Vorlage aufzunehmen. **Handel Schweiz** äussert sich ebenfalls kritisch, dass ein Anreizsystem in der Vorlage fehle. **EIT.swiss** erachtet es als richtig, dass der vorliegende Entwurf im Verhältnis zum Nationalrat Massnahmen vorsehe, um Mitnahmeeffekte zu verhindern.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

8 Organisationen (**alliance F; ARTISET, EKFF, kibesuisse, Pro Juventute, Procap, SHV** und **Tagesfamilien Emme Plus**) sprechen sich für die Integration des Anreizsystems gemäss der Nationalratsvorlage in den vorgelegten Entwurf aus.

5.1.4 Geltungsbereich

Zum Geltungsbereich der Betreuungszulagen liegen divergierende Rückmeldungen vor, die nachfolgenden thematisch gruppiert abgehandelt werden.

5.1.4.1 Alter

Eine Vielzahl an Vernehmlassungsteilnehmenden erachten die Begrenzung des Geltungsbereiches der Betreuungszulage auf das vollendete 7. Lebensjahr als nicht angebracht und führen insbesondere aus, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie damit nicht erreicht werden könne und fordert eine Ausweitung. Die Mehrheit der Kantone, die sich explizit geäussert haben, fordern zudem, dass der Geltungsbereich sich an den Schulstufen und nicht am Alter orientiert.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

3 Kantone (**BS, SH** und **ZH**) erachten den vorgeschlagenen Geltungsbereich in Bezug auf das Alter als angemessen.

SO erachtet eine Ausweitung bis zum Ende der Primarschulzeit als angebracht. Die Kantone **NE** schlägt vor, den Geltungsbereich bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit auszuweiten.

Die Kantone **AG, AR, BE, BL, FR, GE, OW, TG, TI, VD** und **VS** erachten die Altersbegrenzung als nicht angemessen. **AG** bedauert die Einschränkung des Geltungsbereichs der Zulage auf das vollendete 7. Lebensjahr des Kindes, weil für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl die Betreuung im vorschulischen als auch im schulischen Bereich wichtig sei. Er anerkennt allerdings, dass der Handlungsbedarf in den ersten Lebensjahren weit grösser ist und könne deshalb die von der WBK-S vorgeschlagene Einschränkung des Geltungsbereichs im Sinn eines Kompromisses mittragen. Jedoch müsste die WBK-S das Tarifsysteem dahingehend gestalten, dass der Bund im Vergleich zum vorschulischen Bereich ab dem Eintritt in den Kindergarten tiefere Beiträge an die Eltern bezahlt. Der Kanton **FR** äussert sich dahingehend, dass sie sich aus Gründen der Kohärenz für eine Festlegung auf die Schulstufen gemäss HarmoS aussprechen. Der Kanton **BE** ist der Meinung, dass bis zum Eintritt in die Oberstufe eine Betreuungszulage auszurichten wäre. Allgemein solle auf die Schulstufen und nicht auf das Alter abgestützt werden. Als Eventualantrag soll sich der Geltungsbereich bis zum 12. Altersjahr erstrecken. Der Kanton **TG** befürwortet eine Begrenzung auf das Vorschulalter. Der Kanton **TI** legt dar, dass aus seiner Sicht der Geltungsbereich auf die gesamte Dauer der obligatorischen Schulzeit ausgedehnt werden müsste. Sollte dies nicht möglich sein, wäre es angebracht,

den Geltungsbereich nicht auf das Alter (Ende des Monats, in dem das Kind 7 Jahre alt wird) zu begrenzen, sondern ihn auf das Ende des Primarschulzyklus auszudehnen. Der Kanton **OW** bevorzugt ebenfalls eine Festsetzung der Anspruchsgrenze geknüpft an die Schulstufen anstelle des Kindsalters. Der Kanton **VD** schlägt vor, den Geltungsbereich an die Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (Pflegekinderverordnung, PAVO, SR 211.222.338) anzupassen, auf die sich das Bewilligungs- und Aufsichtssystem für Kindertagesstätten stützt und die Kinder von der Geburt bis zum Alter von 12 Jahren, d.h. der Schulstufe 8 Harmos, betrifft. Der **SSV** und der **SGV** hätten einen Geltungsbereich bis zum Ende der Primarschule bevorzugt, weil die Betreuung im Früh- und im Vorschulbereich zusammengedacht werden solle. Da der Handlungsbedarf in den ersten Lebensjahren des Kindes jedoch weit grösser sei, könnten sie die vorgeschlagene Einschränkung des Geltungsbereichs im Sinne eines Kompromisses mittragen. Allerdings sollte eine mit dem Bildungssystem kohärente Anspruchsgrenze (nicht über Kindsalter, sondern über Schulstufen) definiert werden.

Politische Parteien

Die **GPS**, **SP**, **Mitte Frauen**, **SP Frauen** sprechen sich für einen Geltungsbereich bis zum Ende des 12. Altersjahres aus. Die **Junge Mitte** erachtet den vorgeschlagenen Geltungsbereich ebenfalls als nicht genügend und schlägt vor diesen bis zum achten Altersjahr auszuweiten.

Die **SP**, die **SP Frauen** und die **Mitte Frauen** sind der Ansicht, dass Kinder im Primarschulalter nicht schon ohne familienergänzende Kinderbetreuung auskommen können. Damit die Erwerbstätigkeit tatsächlich möglich und die Vorlage entsprechende Wirkung entfalten könnte, sei es zwingend erforderlich, auf den nationalrätlichen Beschluss und die Minderheit II (bis Vollendung 12. Altersjahr) zurückzukommen.

Verbände der Wirtschaft

Der **KFMV** ist der Ansicht, die Betreuungszulage muss bis zum 12. Altersjahr geltend gemacht werden können. Der **SGB** ist der Ansicht, dass die finanzielle Entlastung der Eltern deutlich über das 7. Lebensjahr hinausgehen sollte. Sie sollte bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit erfolgen. Da die Nachfrage nach familien- und schulergänzender Betreuung nicht mit dem 7. Lebensjahr endet.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Den vorgeschlagenen Geltungsbereich als angemessen erachtet die **Muskelgesellschaft**.

Ein grosser Teil der Interessenorganisationen (**a:primo**, **Alliance Enfance**, **alliance F**, **ARTI-SET**, **EKFF**, **EKF**, **EKKJ**, **kibesuisse**, **Pro Familia**, **Pro Enfance**, **Pro Juventute**, **Procap**, **SAVOIRSOCIAL**, **SF MVB**, **SHV** sowie die **Stadt St. Gallen Tagesbetreuung**) sind der Ansicht, dass der Anspruch auf die Betreuungszulage bis zum 12. Altersjahr gelten sollte. **Kibesuisse** begründet dies insbesondere damit, dass aus pädagogischer Sicht nicht systematisch auf die familienergänzende Bildung und Betreuung von Kindern im Primarschulalter zu verzichten sei, die Mehrheit von ihnen wäre bis zum Ende des Zyklus II darauf angewiesen. Deshalb beantragt **kibesuisse** in der ständerätlichen Vorlage die Minderheit II zu unterstützen und den Geltungsbereich bis zur Vollendung des 12. Altersjahres festzulegen. Dies ermögliche nicht nur die Erwerbstätigkeit der Eltern, sondern die Vorlage könnte dadurch auch die erwünschte Wirkung entfalten. **Pro Familia** führt zur Altersbegrenzung aus, dass sie eine Ausweitung des Geltungsbereiches bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit befürworten würden.

Eine Ausweitung des Geltungsbereichs ohne Nennung einer klaren Obergrenze fordern die **EFS**, **SSLV** und die **Tagesfamilien Emme Plus**. **EFS** sind der Ansicht, dass die finanzielle

Entlastung der Eltern deutlich über das 7. Lebensjahr hinausgehen sollte. Sie sollte bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit erfolgen. Die Nachfrage und der Bedarf nach familien- und schulergänzender Betreuung endeten nicht mit dem 7. Lebensjahr. **SSLV** legt dar, dass die Herausforderung für Mütter und Väter, die Vereinbarkeit von Ansprüchen ans und aus dem Familienleben mit den Erfordernissen ihrer Erwerbstätigkeit sicherzustellen, nicht plötzlich mit der Vollendung des siebten Altersjahrs ihrer Kinder ende. Die schulergänzende Betreuung habe grosse Bedeutung und sollte deshalb vom Geltungsbereich auch erfasst werden. Es entspreche dem Bildungscharakter der familienergänzender Kinderbetreuung, aber auch der Realität der Familien mehr, bei der Definition des Geltungsbereichs auf die Schulstufen gemäss HarmoS und nicht auf das Alter der Kinder abzustellen. Dieselbe Haltung vertritt der **Verein Tagesfamilien Emme Plus**.

5.1.4.2 Höhe der Zulage

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich explizit zur Höhe der Betreuungszulage äussern, erachtet die Höhe der ordentlichen Betreuungszulage als grundsätzlich angemessen. Es werden weitergehende Anmerkungen gemacht was weiter zu berücksichtigen wäre.

Kantone, Dachverbände der Gemeinden und Städte

Die Kantone **GE, FR, NE, BL, BS, ZH** und der **SSV** erachten die ordentliche Zulage als angemessen.

Die Kantone **AG, TI, OW** sowie der **SGV** äussern sich dahingehend, dass sie die ordentliche Zulage als nicht angemessen erachten. Der Kanton **AG** begründet dies insbesondere damit, dass das vorgeschlagene Tarifsysteem die unterschiedlichen Preise der institutionelle Kinderbetreuung nicht berücksichtige. Weiter schlägt der Kanton **AG** vor, dass die Betreuungszulage mindestens zu indexieren sei, um so einer allfälligen Teuerung der Preise entgegen zu können. Die Höhe der Zulage müsse ausserdem an die Tarife der schulergänzenden Kinderbetreuung angepasst werden, da diese Tarife jeweils nicht gleich seien, wie jene des Vorschulalters, dieser Forderung schliesst sich auch OW an. Der Kanton TI ist der Ansicht, dass die Höhe nicht im Verhältnis zur Gebührenprogression der meisten Einrichtungen stehe und die Gefahr berge, dass Kinder mit weniger Betreuungstagen benachteiligt würden.

Politische Parteien

Die **Junge Mitte** erachtet die ordentliche Zulage als angemessen.

Die **SP, SP Frauen, EVP** und die **Mitte Frauen** erachten die ordentliche Zulage als nicht angemessen. Die **SP** und die **Mitte Frauen** fordern, dass 150 Franken pro Monat für ein Kind, das einen Tag pro Woche institutionell betreut werde, bezahlt werden. Für jeden zusätzlichen halben Betreuungstag pro Woche soll sich die Zulage um 75 Franken erhöhen. Die **SP Frauen** führen aus, dass die vorgesehen Direktzahlungen bei den geltenden Tarifen nur eine geringe Reduktion der Betreuungskosten zur Folge hätten. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoller, wenn sich die Höhe der Betreuungszulagen an den tatsächlichen Kosten orientieren und einkommensabhängig berechnet würden. Die **EVP** ist generell der Ansicht, dass die Betreuungszulage eine wichtige Ergänzung der Familienzulagen darstellen würden, aber dringend nach oben angepasst werden müssten. Ausserdem müsste es möglich sein, dass sie der Teuerung angepasst werden können. Weiter dürfen aus Sicht der **EVP** die Betreuungszulage nicht zu einer Kompensation der Familienzulagen führen.

Verbände der Wirtschaft

Von den Verbänden der Wirtschaft vertreten der **SGB, Travail.Suisse, Kaufmännische Verband** und der **AGV BS** die Meinung, dass die Zulage nicht angemessen sei. Der **SGB** ist der Auffassung, dass das vorgeschlagene Betreuungszulagenmodell zu keiner nennenswerten Senkung der Betreuungskosten für erwerbstätige Eltern führen werde. Sollte am Entwurf der WBK-S und damit an einem zulagenbasierten und subjektfinanzierten Subventionierungsmodell festgehalten werden, fordert der SGB daher eine soziale Ausgestaltung der Betreuungszulage durch eine einkommensabhängige Berechnung. Er fordert zudem, dass die Höhe der Zulage von den tatsächlichen Betreuungskosten abhängt. **TravailSuisse** erachtet eine Verdoppelung der Betreuungszulage als angemessen. Der **Kaufmännische Verband** vertritt die Meinung, dass 150 Franken pro Monat für Kinder, die einen Tag pro Woche institutionell betreut werden, bezahlt werden sollten. Für jeden zusätzlichen halben Betreuungstag pro Woche sollte sich die Zulage um 75 Franken erhöhen. Der **AGV BS** ist der Ansicht, dass die vorgesehenen Betreuungszulagen zu tief seien, um die Kosten für die institutionelle Kinderbetreuung zu decken und so die kantonalen Subventionssysteme trotzdem noch aufrechterhalten bzw. weiter ausgebaut werden müssten.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Fiorino und die **Organisation Graap** erachten die Zulage als angemessen.

Die gegenteilige Meinung vertreten **Agile, alliance F, EKF, EFS, kibesuisse, Pro Familia, Procap** und der **SHV**. **Alliance F, kibesuisse** sowie **Procap** sprechen sich für eine Betreuungszulage von 750 Franken pro Monat aus für fünf Tage Betreuung pro Woche. **Kibesuisse** fordert zudem eine Indexierung der Zulage. **Pro Familia**, die **EKF** und die **EFS** sprechen sich für eine einkommensabhängige Betreuungszulage aus.

5.1.4.2.1 Erhöhte Betreuungszulage

Kantone, Dachverbände der Gemeinden und Städte

Viele Kantone äussern sich nicht explizit zur erhöhten Betreuungszulage für Kinder mit Behinderungen. Die Kantone **BE, GE, AG, VS, BL, NW, SH** und **ZH** unterstützen eine erhöhte Betreuungszulage für Kinder mit Behinderungen. Die gleiche Meinung vertreten der **SGV** sowie der **SSV**. Der Kanton **VS** seinerseits spricht sich für eine an den Kosten ausgerichtete prozentuale Betreuungszulage, welche damit sowohl die behinderungsbedingten als auch altersbedingten Mehrkosten berücksichtigen würde. Der Kanton **BS** erachtet es als eine staatliche Aufgabe und einen verfassungsmässigen Auftrag, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit der diskriminierungsfreie Zugang für alle Kinder (unabhängig von bspw. Alter, sozialer Herkunft oder Behinderungen) gewährleistet ist. Er findet daher, von einer Finanzierung des besonderen Betreuungsbedarfs über die Betreuungszulage und somit über Beiträge der Arbeitgebenden sei abzusehen. Der Kanton **BE** würde einer Erhöhung bis zum Faktor 3 für Kinder mit Behinderungen begrüssen, wobei er fordert, den Kantonen und Gemeinden die Regelungskompetenz für die Ausrichtung der Betreuungszulage zuzugestehen, da bereits kommunale und kantonale Systeme für erhöhte Beiträge für Kinder mit Behinderungen bestünden und damit eine Übersteuerung durch bundesrechtliche Vorgaben vermieden werde. Der Kanton **BL** weist darauf hin, dass die effektiven Kosten und somit die durch die Eltern zu tragenden Tarife in manchen Fällen auch höher ausfallen können, was durch die Betreuungszulage gemäss WBK-S nicht vollumfänglich berücksichtigt würde. Sollen Lücken vermieden werden, müsste die Betreuungszulage bei behinderungsbedingt höheren Tarifen als dem 1,5 bis 2-fachen um den

entsprechenden Faktor erhöht werden. Mehrere Kantone fordern, dass die Regelung das bereits geleistete Engagement der Kantone berücksichtigen solle und nicht diejenigen benachteiligen solle, die bereits höhere Beiträge vorsehen.

BE, SO, GE, AG, VS und **BL** sowie der **SGV** und **SSV** sprechen sich für eine erhöhte Zulage für Kinder unter 18 Monaten aus. Der Kanton **SH** lehnt die Minderheit II explizit ab.

Politische Parteien

Von den Parteien sprechen sich die **die Junge Mitte, die Mitte Frauen, die Mitte, EVP, GLP, SP** und die **SP Frauen** explizit für eine erhöhte Betreuungszulage für Kinder mit Behinderungen aus. Die **GPS** begrüsst grundsätzlich eine Reduktion der Kosten für die Eltern von Kindern mit Behinderungen. **GLP** beantragt, dass die Betreuungszulage bei höheren Tarifen entsprechend erhöht wird, um diesen Mehraufwand zu berücksichtigen. Die **Mitte Frauen** und die **SP** fordern eine Erhöhung des Maximalfaktors auf 3.

Für die Minderheit II und damit eine Erhöhung der Betreuungszulage für Kinder unter 18 Monaten sprechen sich **die Junge Mitte, die Mitte Frauen, GLP, SP** und **SP Frauen** aus.

Verbände der Wirtschaft

Der **SGB, Travail.Suisse, SBLV** und **Kaufmännische Verband** befürworten die erhöhte Zulage für Kinder mit Behinderungen explizit. Der **Kaufmännische Verband, SBLV** und **Travail.Suisse** fordern eine Erhöhung bis zum Faktor 3. Der **SGB** begrüsst die gezielte Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderungen, ist jedoch der Auffassung, dass eine nachhaltige Senkung der Kosten mit der im Entwurf vorgesehenen Ausgestaltung und Höhe der Betreuungszulage nicht erreicht werden kann.

Zudem sprechen sich die 4 Verbände (**SGB, Travail.Suisse, SBLV** und **Kaufmännische Verband**) für eine Erhöhung der Zulage für Kinder unter 18 Monaten aus gemäss der Minderheit II.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Organisationen **a:primo, Agile, alliance F, ARTISET, EKFF, EKF, EKKJ, EFS, Fiorino, kibesuisse, KiQ, Pro Familia, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Procap, SA-VOIRSOCIAL, SHV, Tagesfamilien Emme Plus** sowie **Hiki** sprechen sich für eine erhöhte Zulage für Kinder mit Behinderungen aus. **A:Primo, Agile, alliance F, ARTISET, EKFF, EKKJ, Fiorino, kibesuisse, KiQ, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Procap, SA-VOIRSOCIAL, SHV, Tagesfamilien Emme Plus** und **Hiki** fordern die Erhöhung der Betreuungszulage für Kinder mit Behinderungen bis zum Faktor 3. Einige Organisationen (**EKF, EFS, Pro Familia**) fordern, dass sich die Zulage an den tatsächlichen Betreuungskosten orientiert und zudem einkommensabhängig ausgestaltet werde.

Von den sich äussernden Organisationen sprechen sich **a:primo, alliance F, EKF, EKFF, EKKJ, Fiorino, EFS, kibesuisse, KiQ, Organisation Graap, Pro Familia, Pro Juventute, SHV** und die **Tagesfamilien Emme Plus** für einen erhöhten Beitrag für Kinder unter 18 Monaten, gemäss der Minderheit II, aus.

5.1.4.3 Betreuungsform

Die ausdrückliche Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützt eine Eingrenzung des Geltungsbereichs auf die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung entweder implizit oder explizit. Einzelne Organisationen unterstützen die Ausweitung auf die nicht institutionelle Betreuung.

Kantone, Dachverbände der Gemeinden und Städte

15 Kantone (**BE, GE, SH, AG, TG, TI, VS, FR, AR, BL, BS, LU, NW, OW** und **ZH**) sowie der **SGV** und **SSV** sind der Ansicht, dass die Betreuungszulage nur für die institutionelle Betreuung anwendbar sein soll. Namentlich der Kanton **BE** führt dazu aus, dass die Betreuung durch Drittpersonen nicht überprüfbar ist. Faktisch wären so alle Formen der familienergänzenden Kinderbetreuung inkludiert.

Politische Parteien

Von den Parteien sprechen sich die **Junge Mitte**, **Mitte Frauen** und die **SP** explizit für die Einschränkung auf die institutionelle Kinderbetreuung aus. Die **Mitte Frauen** begründen dies insbesondere damit, dass mit einer Ausweitung der Anspruchsberechtigten auf die informelle, nicht institutionelle Betreuung die Kosten stark ansteigen lassen würde. Die **Junge Mitte** führt als Begründung die mutmasslich hohen Kosten an. Weiter führen sie aus, dass die Ausweitung auf die Betreuung ausserhalb von Einrichtungen erhebliche Mitnahmeeffekte aufweisen und sich von den Zielen der parlamentarischen Initiative entfernen würde, nämlich das institutionelle Betreuungsangebot auszubauen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Die **SVP** ist der Meinung, dass die Betreuungszulage zu 50% der ordentlichen Zulage auch für die nicht institutionelle, informelle Betreuung ausbezahlt werden soll, damit alle Betreuungsformen gleichberechtigt seien.

Verbände der Wirtschaft

Von den Verbänden der Wirtschaft spricht sich der **Kaufmännische Verband** explizit für die Anwendbarkeit der institutionellen Kinderbetreuung aus.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Organisationen **a:primo**, **Agile**, **Alliance Enfance**, **alliance F**, **ARTISET**, **EFS**, **Fiorino**, **EKFF**, **EKKJ**, **kibesuisse**, **Kinderschutz Schweiz**, **KiQ**, **Organisation Graap**, **Procap**, **SSLV** und **SHV** sprechen sich für die institutionelle Betreuung aus.

KiQ führt aus, dass aus ihrer Sicht der Anreiz hoch wäre, die Kinder unbetreut zu lassen und die Betreuungszulage dennoch zu erhalten. Eine Qualitätskontrolle wäre nicht möglich. Würde die Zielgruppe nicht wirkungsorientiert gewählt (institutionelle Betreuung), so würde sich die Gruppe möglicher Anspruchsberechtigten enorm vergrössern und die Gesamtkosten ansteigen bei gleicher Wirkung. Sie unterstützen aus diesen Gründen die Einschränkung auf die institutionelle Betreuung und den Antrag der Mehrheit.

Der **Verein Arbeitsgruppe Jugend und Familie**, das **SRK** sowie die **Stiftung Zukunft CH** sind der Meinung, dass die Betreuungszulage auch für die nicht institutionelle informelle Betreuung ausbezahlt werden soll. Denn diese, so das **SRK**, biete eine Alternative zur institutioneller und privaten Kinderbetreuung. Gerade bei kurzfristig auftretenden Betreuungsengpässen wie beispielsweise einer akut auftretenden psychischen Erkrankung eines Elternteils, sei eine solche Alternative elementar.

5.1.5 Weiteres

Datenschutz

Mehrere Teilnehmende machen Hinweise auf den Datenschutz. Beispielsweise regen die Kantone **LU**, **OW** und **FR** an, die Aspekte des Datenschutzes nochmals zu prüfen, da bei der

Geltendmachung der Betreuungszulage Angaben der Arbeitgebenden, der Eltern und der Familienausgleichskassen ausgetauscht werden müssten. Es soll ein datenschutzrechtlich korrektes Meldeverfahren zwischen der Kita und der Familienausgleichskassen geschaffen werden.

Von Seiten der Durchführungsstellen äussert sich die **KKAK** ebenfalls zum Datenschutz und fordern ein datenschutzrechtlich wasserdichtes Meldeverfahren. Schliesslich stellt die **VVAK** fest, dass sich wesentliche datenschutzrechtliche Fragen in Bezug auf die Geltendmachung der Betreuungszulage stellen, ist doch allein schon bedenklich, dass die Arbeitgebenden Kenntnis darüber erhalten, dass und in welchem Umfang ein Arbeitnehmender sein Kind institutionell betreuen lässt. Weil die Betreuungszulagen in das System der Anspruchskonkurrenz nach Art. 7 FamZG eingebunden sind, erhält sodann gegebenenfalls etwa auch der geschiedene Kindsvater die gleichen Informationen.

Der **Schw. GV** äussert ebenfalls Bedenken in Bezug auf den Datenschutz, da gemäss dem vorgeschlagenen Verfahren die Eltern gezwungen werden, ihren Arbeitgebern preiszugeben, welche Institutionen ihre Kinder wie lange besuchen. Aus Sicht des **Schw. GV** handelt es sich dabei um Informationen, die privat bleiben sollten.

Mindestbeschäftigungsgrad

Den Verzicht auf einen Mindestbeschäftigungsgrad begrüssen 4 Kantone (**AG, VD, GE** und **SO**) sowie der **SSV** ausdrücklich. Wobei **AG** und der **SSV** insbesondere mit dem unverhältnismässigen administrativen Aufwand argumentieren. 3 Kantone (**VD, GE** und **SO**) begründen dies insbesondere damit, dass der Bedarf nach institutioneller Kinderbetreuung nicht nur bei Ausübung einer Erwerbsarbeit bestehe und nicht nur der Vereinbarkeit diene, sondern auch zur Chancengleichheit beitrage. Daher seien auch weitere Anspruchsgründe aufzunehmen (vgl. Nichterwerbstätige Personen). Für den **SAV** ist es zentral, dass eine allfällige Unterstützung durch Betreuungszulagen zu einer Erhöhung des Arbeitspensums führe, es zeige sich jedoch, dass das Abstellen auf das Arbeitspensum zur Prüfung des Anspruchs auf die Betreuungszulage einen unverhältnismässig grossen bürokratischen Aufwand generieren würde, insbesondere da in der Vorlage ein indirekter Nachweis vorgesehen sei. Ausserdem erachten sie einen Missbrauch als nicht ins Gewicht fallend, da die Eltern den überwiegenden Teil der Kinderbetreuungskosten selber finanzieren würden. Ebenfalls ausdrücklich gegen einen Mindestbeschäftigungsgrad äussern sich die **EKKJ** und **kibesuisse**.

Für die Einführung eines Mindestbeschäftigungsgrades in unterschiedlicher Höhe oder grundsätzlich sprechen sich 3 Kantone (**AI, AR, SG**) aus. Auch die **FDP-Frauen** würden einen Mindestbeschäftigungsgrad begrüssen, da ohne diesen keine Massnahme auf Bundesebene dazu führen würde, dass insbesondere mehr Frauen in die Arbeitswelt einsteigen respektive ihr Pensum erhöhen würden. Im Gegenteil sei zu befürchten, dass sich heutige Strukturen verfestigen, die Familien zwar entlastet werden, aber keine Bewegung hin zu mehr Erwerbsarbeit stattfindet. Ebenfalls für einen Mindestbeschäftigungsgrad sprechen sich mehrere Wirtschaftsverbände (**Handel Schweiz, EIT.swiss, Swissmem, AGV BS, CP, SOHK** und **ZHK**) aus.

Nichterwerbstätige Personen

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende sprechen sich für eine Erweiterung des Bezugsbereiches von nichterwerbstätigen Personen aus. Die Kantone **VD** und **SO** erachten es als problematisch, dass die Beteiligung von einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung abhängig gemacht wird. Sie befürworten auch eine Unterstützung für Personen, die auf Arbeitssuche oder in Be-

schäftigungsprogrammen aktiv sind. Sie regen zudem an, dass weitere Lebenslagen berücksichtigt werden sollten, insbesondere wenn Erziehungsberechtigte auf eine subventionierte Betreuung angewiesen sind, weil sie krank oder in Beschäftigungsprogrammen tätig sind oder bei Kindern mit einer sozialen oder sprachlichen Indikation. Darüber hinaus könne die institutionelle Kinderbetreuung auch eine Entlastungsfunktion haben, z. B. für Eltern von Kindern mit Behinderungen oder im Kontext von Kinderschutzmassnahmen. Die **EVP** fordert eine Berücksichtigung von Personen, die nicht in der Lage sind, sich vollzeitlich um ihr Kind zu kümmern, bspw. aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. So sollten auch Eltern, die eine IV-Rente beziehen, berücksichtigt werden. Auch **a:primo**, **Alliance Enfance**, **ARTISET**, **Kinderschutz Schweiz**, **Procap** und **SSLV** sprechen sich für eine Erweiterung auf Personen, die von einer Krankheit genesen müssen oder die aufgrund anderer indizierter Gründe ihre Kinder temporär nicht betreuen können und Personen, deren Kinder zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit extern betreut werden, aus. **Kibesuisse** unterstützt die Einschränkung gemäss Vorlage nicht, sondern spricht sich für denselben Geltungsbereich wie für die Kinderzulagen aus. Die **Stadt St. Gallen Tagesbetreuung** ist der Meinung, dass alle Kinder von der familienergänzenden Betreuung profitieren dürfen, unabhängig davon, ob ihre Eltern in Ausbildung sind, einer Erwerbstätigkeit nachgehen, auf Arbeitssuche sind oder aus anderen Gründen (Erkrankung, Asylverfahren, etc.) keiner Berufstätigkeit nachgehen könnten. Eine Einzelperson schliesslich weist darauf hin, dass Erziehungsberechtigte, welche auf Arbeitssuche sind, aufgrund einer gesundheitlichen Indikation die Betreuungsarbeit nicht selbst wahrnehmen können oder ein Integrationsprogramm besuchen, keine Betreuungszulage erhalten, da sie sich nicht in einem qualifizierten Arbeitsverhältnis befinden mögen. Diese Lücke, welche sich in einem Anspruchsmanko zeigt, sei einer der grössten Kritikpunkte der Vorlage, da bereits sozial besser eingebettet Familien unterstützt werden und vulnerable Familien durch die Maschen fielen.

Überentschädigung

4 Kantone (**AG**, **BS**, **SH** und **SO**) und der **SGV** regen an, eine Bestimmung zur Verhinderung von Überentschädigung im Entwurf aufzunehmen. Die Mitglieder des **SSV** aus der Romandie werfen die Frage auf, wie der vorgelegte Entwurf mit kantonalen und kommunalen Subventionsmodellen, die auf Objektfinanzierung setzen, zu vereinbaren sei, damit es nicht zu Übervergütungen komme. Eine Überentschädigung der Eltern sei durch entsprechende Anpassungen bei den kantonalen und kommunalen Subventionssystemen auszuschliessen.

Die Mitte Frauen, der **KFMV** und 7 Organisationen (**alliance F**, **ARTISET**, **Fiorino**, **kibesuisse**, **KiQ**, **Procap** und **SHV**) regen an, dass ein Mechanismus zur Vorbeugung von Überentschädigung vorgesehen wird.

Familienzulagen in der Landwirtschaft

Zu den Familienzulagen in der Landwirtschaft gab es keine Anmerkungen.

Weitere Bemerkungen

Der Kanton **BS** weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass nach seiner Einschätzung die von der WBK-S vorgesehene Betreuungszulage für erwerbstätige Personen in der Berechnung der Ergänzungsleistungen als Einnahme anzurechnen sei. Die neue Betreuungszulage würde gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. f des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) Familienzulagen zu den anrechenbaren Einnahmen gehören, was gegebenenfalls zu einer Kürzung der Ergänzungsleistungen führen könne.

Verschiedene Organisationen erachten die Berücksichtigung des Wohls und der Rechte von Kindern in der Vorlage als ungenügend. Sie sind der Meinung, dass die Argumentation mit den Vorteilen für die Wirtschaft zu kurz greife und die Perspektive des Kindes aufzunehmen sei. Wenn das Wohl der Kinder gestärkt werde, könnten sie sich besser entfalten und als Erwachsene aktiv zur Gestaltung der Gesellschaft beitragen. Auch wirke sich die Qualität der Betreuungsform direkt auf das Wohl der Kinder aus und könne entsprechend nicht aus der Vorlage gestrichen werden. Teilweise wirds ergänzt, dass die Reduktion der finanziellen Belastung der Eltern auch insgesamt das Wohlergehen der Familien stärke.

5.2 Zuschlag für Betreuungszulagen durch Arbeitslosenversicherung (ALV)

29 Stellungnahmen nehmen Bezug zur ALV, beziehungsweise zum geplanten Zuschlag für Betreuungszulagen durch die ALV. Davon unterstützen 22 Stellungnahmen, die Einführung eines Zuschlags für Betreuungszulagen für Personen explizit, die Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben, 5 Stellungnahmen sind dagegen und bei 2 Stellungnahmen handelt es sich um eine neutrale Position. Formulierungsänderungen zu der Anpassung im AVIG werden in keiner Stellungnahme geäußert.

7 Kantone (**BL, BS, GE, SH, SO, TI, VD**) sowie der **SSV** unterstützen den Vorschlag, dass arbeitslose Personen, die Arbeitslosenentschädigung der ALV beziehen, eine Betreuungszulage in Form eines Taggeldzuschlags erhalten. Die Kantone **SO** und **VD** sprechen sich zusätzlich dafür aus, dass diese Unterstützung auch Personen in weiteren Lebenslagen geboten wird, z. B. Personen in Beschäftigungsprogrammen oder auf Arbeitssuche (siehe dazu auch Kapitel 5.1.5). Kein Kanton äussert sich gegen die Regelung im AVIG. Der Kanton **OW** ist der Meinung, dass der erwartende Mehraufwand bei den Arbeitslosenkassen nicht zu unterschätzen und entsprechend vom Bund zu entschädigen sei.

2 Parteien (**EVP, Mitte Frauen**) befürworten die vorgesehenen Änderungen im AVIG.

5 Verbände der Wirtschaft (**Handel Schweiz, Swissmem, AGV BS, SOHK** und **ZHK**) sind gegen die Einführung eines Zuschlags für Betreuungszulagen durch die ALV. Dies einerseits aufgrund der finanziellen Mehrbelastung für den Fonds der ALV und andererseits, weil das Argument, durch Betreuungszulagen negative Erwerbsanreize abzubauen, bei Stellensuchenden Personen nicht greife. 3 Verbände (**KFMV, SGB, Travail.Suisse**) befürworten die Vorlage. Sie beurteilen es als ökonomisch ineffizient, die Stellensuche von arbeitslosen Personen zu erschweren, in dem diese bei der Arbeitsaufnahme zuerst einen Betreuungsplatz organisieren müssten. Sie schätzen die Kosten für die ALV als tragbar ein. Der **Kaufmännische Verband** erachtet die Regelung im AVIG zudem als wichtig für die nötige Planungssicherheit von Kindertagesstätten, da Betreuungsplätze in der Regel nicht kurzfristig gekündigt und wieder in Anspruch genommen werden könnten. Er verweist darauf, dass gerade alleinerziehende Personen auf familienergänzende Kinderbetreuung angewiesen seien und diese am ehesten von der der Regelung im AVIG profitieren würden, da der Zuschlag nur ausbezahlt wird, soweit kein Anspruch einer erwerbstätigen Person besteht.

Von den weiteren interessierten Organisationen sind 8 (**alliance F, ARTISET, EKF, kibesuisse, Procap, Pro Familia, SHV, Stadt St. Gallen Tagesbetreuung**) für die Einführung eines Zuschlags für Betreuungszulagen durch die ALV. Sie verweisen dabei auf dieselben Argumente wie die befürwortenden Verbände der Wirtschaft. Die **AK ALV** spricht sich weder für

noch gegen die Änderung im AVIG aus, sondern führt sowohl die Argumente der Gegner wie auch der Befürworterinnen der Vorlage auf.

5.3 Programmvereinbarungen

Die überwiegende Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden begrüsst die Programmvereinbarungen und erachtet sie als geeignetes Instrument für die Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die vorgeschlagenen Förderbereiche werden mehrheitlich unterstützt. Einige fordern den Verzicht auf den Förderbereich der frühen Förderung. Eine Mehrheit fordert zudem die Wiederaufnahme des Förderbereichs Qualität. Bezüglich der finanziellen Mittel fordert die Mehrheit, die sich explizit zum Umfang äussert, eine Erhöhung.

5.3.1 Allgemeines

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

16 Kantone (**AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, NW, OW, SH, SO, TI, VD, VS** und **ZH**) sowie **SGV** und **SSV** begrüssen die Einführung von Programmvereinbarungen und erachten sie als geeignetes Mittel zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung und teilweise der frühen Förderung.

AI, JU und **LU** befürworten die Vorlage der WBK-S grundsätzlich, aber äussern sich nicht explizit zu den Programmvereinbarungen.

NE, SG, SZ und **UR** lehnen die Vorlage der WBK-S grundsätzlich ab und äussern sich nicht im Detail zu den Programmvereinbarungen. **GL, TG** und **ZG** lehnen die Programmvereinbarungen explizit ab, da die familienergänzende Kinderbetreuung grundsätzlich in den Kompetenzbereich der Kantone falle. **TG** weist zudem darauf hin, dass falls es tatsächlich zum vorgesehenen massiven bundesrechtlichen Ausbau der Subventionierung der familienergänzenden Kinderbetreuung kommen sollte, weitere Massnahmen wie die Programmvereinbarungen einzustellen seien.

Politische Parteien

Grundsätzlich finden die Programmvereinbarungen bei allen Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP** und **GLP**), welche die Vorlage befürworten, explizit oder implizit Zustimmung. Die **FDP-Frauen, GPS, SP** und **SP-Frauen** lehnen die Vorlage zwar ab, unterstützen jedoch die Programmvereinbarungen. Die **SVP** lehnt die Programmvereinbarungen aus föderalistischen Gründen ab. Die **FDP** äussert sich nicht zu den Programmvereinbarungen, lehnt die Vorlage jedoch grundsätzlich aus föderalistischen Gründen ab.

Verbände der Wirtschaft

7 Verbände der Wirtschaft (**GastroSuisse, HotellerieSuisse, KFMV, SBLV, SGB, SAV** und **Travail.Suisse**) befürworten die Programmvereinbarungen.

4 Verbände (**economiesuisse, Swissmem, AGV BS** und **FER**) lehnen die Programmvereinbarungen explizit ab, weil der Bund keine dauernde Aufgabe in der familienergänzenden Betreuung übernehmen solle und die Kantone die unter die Programmvereinbarungen fallenden Punkte selber regeln könnten. **EIT.swiss** spricht sich aufgrund der aktuellen Finanzlage des Bundes für einen Verzicht auf die Vorlage aus.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Programmvereinbarungen werden unterstützt von **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, Artiste, EKF, EKFF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SAVOIRSOCIAL, SF MBV, SHV, SRK, SSLV, Stadt St. Gallen Tagesbetreuung** und **Hiki**. Gegen die Programmvereinbarungen äussern sich **Fiorino** und die **KiQ**. Sie erachten die Programmvereinbarungen nicht als geeignetes Instrument, um die Kantone und Gemeinden im Aufgabengebiet der familienergänzenden Kinderbetreuung zu unterstützen. Stattdessen sollen die Bundesmittel direkt den Eltern zukommen, um einen maximalen Nutzen und eine bessere Anreizwirkung zu entfalten.

5.3.2 Förderbereiche

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden unterstützt die drei vorgeschlagenen Förderbereiche der Programmvereinbarungen. Eine Mehrheit fordert zudem die Wiederaufnahme des Förderbereichs Qualität. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende wollen auch den Förderbereich der besseren Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern wieder aufnehmen. Einige schlagen vor, grundsätzlich auf die frühe Förderung von Kindern zu verzichten, falls die Mittel für die Programmvereinbarungen eingeschränkt werden sollten.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

14 Kantone (**AG, AR, BE, BL, BS, FR, GE, OW, SH, SO, TI, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV** und der **SSV** sprechen sich explizit für den Förderbereich zur Schaffung von mehr institutionellen Betreuungsplätzen bzw. zur Schliessung bestehender Angebotslücken aus. Grundsätzlich gegen die Programmvereinbarungen und damit auch gegen diesen Förderbereich sprechen sich 3 Kantone (**TG, UR** und **ZG**) aus. **AI** und **JU** äussern sich grundsätzlich nicht zu den Programmvereinbarungen. **GR** und **NW** begrünnen die Programmvereinbarungen im Grundsatz, aber äussern sich nicht zu den einzelnen Förderbereichen.

11 Kantone (**AG, BE, BL, BS, FR, GE, SH, SO, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV** und der **SSV** unterstützen den Förderbereich für Kinder mit Behinderungen. Der Kanton **SH** spricht sich aber für die Streichung der Senkung der Kosten im Rahmen der Programmvereinbarungen für Kinder mit Behinderungen aus. Der Kanton **SO** erachtet hingegen eher einen Verzicht auf die Übernahme der Mehrkosten bei der Betreuungszulage als Möglichkeit, wenn die geforderten Anpassungen punkto Alter der Kinder und Nichterwerbstätigkeit, von welchen auch Erziehungsberechtigte von Kindern mit Behinderungen profitieren würden, vorgenommen werden würden. Die Kantone könnten sodann mittels den Programmvereinbarungen bei der Mitfinanzierung von behinderungsbedingten Mehrkosten unterstützt werden.

10 Kantone (**AG, BL, FR, OW, SH, SO, TI, VD, VS** und **ZH**) sowie der **SGV** begrünnen es, dass die Kantone bei ihrer Politik zur frühen Förderung von Kindern unterstützt werden können. **BE** fordert hingegen einen Verzicht auf den Bereich der frühen Förderung. Aus Sicht von **BS** kann aus Gründen der Prioritätensetzung und insbesondere angesichts der deutlich reduziert vorgesehenen Finanzmittel auf die frühe Förderung verzichtet werden. Auch der **SSV** erachtet die Förderbereiche der familienergänzenden Kinderbetreuung gegenüber der frühen Förderung als prioritär.

11 Kantone (**AG, AR, BL, BS, FR, GE, OW, SO, TI, VD** und **VS**) sowie der **SGV** und **SSV** fordern ausdrücklich die Wiederaufnahme des Förderbereichs der Qualität, gemäss der Minorität (Graf Maya, Crevoisier Crelier, Herzog Eva). Es wird darauf verwiesen, dass der

Bund hier wichtige Impulse setzen könne. In dieser Hinsicht werden auch die von der SODK und EDK erarbeiteten Empfehlungen zur Qualität und Finanzierung der familien- und schüler-
gänzenden Kinderbetreuung als eine zu berücksichtigende Referenz genannt.

10 Kantone (**AG, AR, BL, FR, GE, OW, SO, TI, VD** und **VS**) sowie der **SGV** und der **SSV** sprechen sich zudem für die Wiederaufnahme des Förderbereichs zur besseren Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern aus. Denn die bestehenden Einrichtungen könnten nicht immer den neuen Anforderungen gerecht werden, insbesondere wenn die Eltern in Branchen arbeiten, die erweiterte Arbeitszeiten oder unregelmässige Dienstpläne hätten (z. B. Tourismus, Gesundheitswesen, Hotel- und Gaststättengewerbe oder Industrie).

Der Kanton **SO** sowie der **SGV** und **SSV** sprechen sich ausdrücklich für die Unterstützung von Programmen und Projekten von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung durch den Bund aus.

Der Kanton **SH** fordert, dass die Finanzhilfen dorthin fliessen sollen, wo die Kantone, Städte und Gemeinden den grössten Handlungsbedarf sehen. Er schlägt darum die Anpassung vor, dass die Kantone unter Rücksichtnahme der Strukturen vor Ort mit dem Bund aushandeln können, welche Förderbereiche sie in ihre Programmvereinbarung einschliessen wollen, und nicht verpflichtet sind, alle Bereiche abzudecken.

Politische Parteien

Alle Parteien (**Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, GPS, SP** und **SP-Frauen**), die sich für die Programmvereinbarungen aussprechen, befürworten explizit den Förderbereich zur Schaffung von mehr institutionellen Betreuungsplätzen bzw. zur Schliessung bestehender Angebotslücken. Die **FDP-Frauen** und **GLP** äussern sich implizit positiv zu den einzelnen Förderbereichen. Die **FDP-Frauen** fordern eine Weiterentwicklung der Programmvereinbarungen gemäss der Vorlage der WBK-N. Dabei sollen insbesondere diejenigen Regionen berücksichtigt werden, in denen das Angebot an Kinderbetreuungsstrukturen nach wie vor ungenügend ist. Der Eventualantrag der **SVP** sieht den Verzicht auf den Förderbereich der Schliessung der Angebotslücken vor.

Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte, Die Mitte Frauen, EVP, GPS, SP und **SP-Frauen** unterstützen den neuen Förderbereich für Kinder mit Behinderungen sowie den beibehaltenen Förderbereich zur Unterstützung der Kantone bei ihrer Politik zur frühen Förderung von Kindern. Die **SVP** fordert in ihrem Eventualantrag die Streichung der frühen Förderung.

Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte Frauen, EVP, GPS, SP und **SP-Frauen** fordern die Wiederaufnahme des Förderbereichs Qualität. **Die Junge Mitte Schweiz, Die Mitte Frauen, EVP**

und **SP** sprechen sich auch für die Wiederaufnahme des Förderbereichs zur besseren Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern aus.

Die Junge Mitte Schweiz, die Mitte Frauen und **SP** sprechen sich zudem für die Unterstützung von Programmen und Projekten von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung durch den Bund aus.

Verbände der Wirtschaft

5 Verbände der Wirtschaft (**KFMV, SBLV, SGB, SAV** und **Travail.Suisse**) sprechen sich für den Förderbereich zur Schaffung von mehr institutionellen Betreuungsplätzen bzw. zur Schliessung bestehender Angebotslücken aus.

4 Verbände der Wirtschaft (**KFMV, SBLV, SGB** und **Travail.Suisse**) unterstützen den neuen Förderbereich für Kinder mit Behinderungen. Der **SGB** fordert zudem, dass die Förderung des Betreuungsangebots für Kinder mit Behinderungen zwingend auch Massnahmen, welche die Weiterbildung des Personals, die Ausweitung von Personalressourcen, bauliche Veränderungen sowie die Anschaffung von speziellem Spielzeug und Mobiliar sicherstellen, beinhaltet.

Der **KFMV, SGB** und **Travail.Suisse** begrüessen den Förderbereich zur Unterstützung der Kantone bei ihrer Politik zur frühen Förderung von Kindern. 5 Verbände der Wirtschaft (**Handel Schweiz, Swissmem, AGV BS, SOHK** und **ZHK**), welche die Vorlage ablehnen, fordern als Eventualantrag explizit den Verzicht auf den Förderbereich der frühen Förderung.

Der **KFMV, SBLV, SGB** und **Travail.Suisse** fordern die Wiederaufnahme des Förderbereichs Qualität. Der **SGB** fordert, dass der Bund bei der Festlegung der Qualitätskriterien seine Einflussmöglichkeiten nutze, um Vorgaben bezüglich guter Arbeitsbedingungen, pädagogisch begründeter Betreuungsschlüssel, der Qualifikation des Personals sowie der Tarifstruktur zu machen.

6 Verbände der Wirtschaft (**HotellerieSuisse, KFMV, SBLV, SGB, SAV** und **Travail.Suisse**) sprechen sich für die Wiederaufnahme des Förderbereichs zur besseren Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern aus. Dies, weil die bestehende Betreuungsangebote auf die klassischen Bürozeiten ausgerichtet und daher nicht geeignet seien für Eltern, deren Erwerbstätigkeit mit unregelmässigen Arbeitszeiten einhergehe.

Der **SBLV** sowie **Travail.Suisse** sprechen sich explizit für die Unterstützung von Programmen und Projekten von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung durch den Bund aus.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Organisationen **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, Artiste, EKF, EKFF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SAVOIRSOCIAL, SF MBV, SHV, SRK, SSLV, Stadt St. Gallen Tagesbetreuung** und **Hiki** befürworten den Förderbereich zur Schaffung von mehr institutionellen Betreuungsplätzen bzw. zur Schliessung bestehender Angebotslücken.

Für den Förderbereich für Kindern mit Behinderungen sprechen sich die Organisationen **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, ARTISET, EKF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SAVOIRSOCIAL, SF MBV, SHV, SRK, SSLV** und **Hiki** aus. Es wird dabei die Tatsache gewürdigt, dass Kinder mit Behinderungen besonders berücksichtigt werden. Es sei zudem erforderlich, dass auf die tatsächlich anfallenden behinderungsbedingten Mehrkosten abgestützt werde, denn allzu häufig sei es so, dass in der Praxis sämtliche

Zusatzkosten auf die Eltern abgewälzt werden. Teilweise wird auch darauf hingewiesen, dass der Förderbereich die Weiterbildung des Personals, die Ausweitung von Personalressourcen, bauliche Veränderungen sowie die Anschaffung von speziellem Spielzeug und Mobiliar beinhalten müsse. Die **EKFF** empfiehlt, um dem Ausbau von Angeboten für Kinder mit Behinderungen mehr Gewicht zu geben, die Auflösung des Förderbereichs und die Integration seiner Ziele bzw. eine entsprechende Anpassung in die Förderbereiche zur Schaffung von Plätzen und der besseren Abstimmung des Angebots auf die Bedürfnisse der Eltern. Die **Muskelgesellschaft** verweist auf Artikel 19 der UNO-Behindertenrechtskonvention und betont, wie wichtig es sei, dass keine separativen Angebote für Kinder mit Behinderungen geschaffen würden, damit Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen die Betreuungsangebote besuchen könnten. **KiQ** fordern in einem Eventualantrag den Verzicht auf diesen Förderbereich, dafür eine Erhöhung der Betreuungszulage für Kinder mit Behinderungen bis zum maximalen Faktor 3. **Kibesuisse, Procap** und der **SF MVB** fordern, dass die Mehrkosten bei Kindern mit Behinderungen nicht auf die Eltern abgewälzt werden. Zudem weisen sie auf den Zusammenhang einer erhöhten Betreuungszulage, für welche sie den Faktor 3 fordern, und den Programmvereinbarungen hin.

Die Organisationen **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, Artiste, EKF, EKFF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SAVOIRSOCIAL, SF MBV, SHV, SRK, SSLV** und **Hiki** sprechen sich für den Förderbereich zur Unterstützung der Kantone bei ihrer Politik zur frühen Förderung von Kindern aus. Die **EKFF** empfiehlt in einem Eventualantrag, sofern ein Förderbereich aus finanziellen Gründen gestrichen werden müsste, auf diesen zu verzichten.

Die Wiederaufnahme des Förderbereichs Qualität fordern die Organisationen **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, Artiste, EKF, EKFF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SAVOIRSOCIAL, SF MBV, SHV, SSLV, Stadt St. Gallen Tagesbetreuung** und **Hiki**. Es wird einerseits auf den Zusammenhang der Qualität der Angebote mit deren tatsächlicher Inanspruchnahme hingewiesen. Andererseits wird auf Kriterien hingewiesen, die für eine gute Betreuungsqualität entscheidend sind wie ein pädagogisch begründeter Betreuungsschlüssel, die Qualifikation des Personals und gute Arbeitsbedingungen. Einige fordern, dass der Bund Kriterien festlegt, welche Betreuungseinrichtungen erfüllen müssen und dabei seine Einflussmöglichkeiten nutzt, um Vorgaben bezüglich der obengenannten Kriterien zu erlassen. **Procap** weist darauf hin, dass bei Kindern mit schweren Behinderungen, die auch medizinische Unterstützung oder Überwachung benötigen, der Faktor Qualität ebenfalls von grösster Bedeutung sei. Nur wenn Eltern darauf vertrauen könnten, dass das Personal wisse, wie in Notsituationen gehandelt werden müsse und genügend Personal vor Ort sei, würden sie sich für die familienergänzende institutionelle Betreuung entscheiden und die Erwerbstätigkeit beibehalten.

Die Organisationen **a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, Artiste, EKF, EKFF, EKKJ, EFS, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Pro Enfance, Pro Familia, Pro Juventute, Procap, SF MBV, SHV, SRK, SSLV** und **Hiki** fordern, dass der Förderbereich zur besseren Abstimmung der Angebote auf die Bedürfnisse der Eltern wieder aufgenommen wird. Denn die Angebote der institutionellen Kinderbetreuung müssten besser auf unregelmässige Arbeitszeiten angepasst werden, damit das Betreuungsangebot tatsächlich die Erwerbstätigkeit ermögliche und die Beiträge damit auch eine Wirkung entfalten könnten.

Die Organisationen **a:primo**, **alliance F**, **EFS**, **kibesuisse**, **Procap**, **Pro Familia**, **SHV** und **SSLV** sprechen sich explizit für die Unterstützung von Programmen und Projekten von nationaler oder sprachregionaler Bedeutung aus. Diese Bestimmung könne für Pilotprojekte oder für Evaluationen und Forschungsvorhaben, welche die Umsetzung der Programmvereinbarungen verbessern könnten, einen hohen Stellenwert haben. Zudem solle der Wissenstransfer über die Sprachgrenzen hinaus gefördert werden.

5.3.3 Eingesetzte Mittel

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich explizit zu den zur Verfügung zu stellenden Mitteln geäußert haben, hält diese für unzureichend und fordert eine Erhöhung in unterschiedlichem Ausmass. Ein grosser Teil der Kantone und andere Organisationen fordern zudem eine Flexibilisierung der Mittel in Bezug auf die Aufteilung zwischen den Förderbereichen.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

9 Kantone haben sich zu den zur Verfügung zu stellenden Mitteln geäußert. 7 Kantone (**AR**, **BL**, **BS**, **FR**, **OW**, **SO** und **TI**) fordern Mittel im Umfang der Vorlage des Nationalrates, also 224 Millionen für vier Jahre. **SH** spricht sich für die in der Vorlage vorgesehenen 128 Millionen aus. Der **SGV** und **SSV** erachten 160 Millionen als angebracht. **VD** betont, dass die vorgesehene Finanzierung nicht ausreicht, um zur Erreichung der Ziele beizutragen. **VD** weist darauf hin, dass bereits anlässlich der Vernehmlassung zum Entwurf der WBK-N festgestellt wurde, dass die vorgesehenen Beträge sehr niedrig erscheinen, vor allem wenn man sie in Relation zum Verwaltungsaufwand setzt, der mit der Aushandlung, der Umsetzung und der Kontrolle der Programmvereinbarungen verbunden ist.

Weitere 8 Kantone (**BE**, **FR**, **GE**, **GR**, **JU**, **NW**, **VS** und **ZH**), die sich für die Programmvereinbarungen aussprechen äussern sich nicht explizit zu den zur Verfügung zu stellenden Mitteln.

Insgesamt 11 Kantone sowie **SGV** und **SSV** sprechen sich für eine Flexibilisierung der Mittel in Bezug auf die Aufteilung zwischen den Förderbereichen aus. 7 Kantone (**AR**, **BE**, **BL**, **FR**, **GE**, **SH** und **VS**) sowie **SSV** fordern explizit, dass der Verpflichtungskredit nicht starr auf die verschiedenen Förderbereiche und einzelne Jahre festgelegt werde, sondern gemäss Bedarf zugeordnet werden könne. Es sei demnach auf die Definition von Eckwerten für die Mittelzuteilung auf die einzelnen Förderbereiche zu verzichten. Weitere 4 Kantone (**OW**, **SO**, **TI** und **VD**) sowie **SGV** unterstützen grundsätzlich die Programmvereinbarungen gemäss der nationalrätlichen Vorlage, welche eine flexible Aufteilung der Mittel enthält.

Politische Parteien

Die Mitte spricht sich explizit für Mittel von 128 Millionen für vier Jahre aus. Einige der befürwortenden Parteien fordern eine Erhöhung des Verpflichtungskredits: **Die Junge Mitte Schweiz**, **die Mitte Frauen** sowie **SP** befürworten angelehnt an die nationalrätliche Vorlage Mittel in der Höhe von 224 Millionen, die **GPS** fordert eine Erhöhung auf 600 Millionen. Die Erhöhung des Verpflichtungskredits begründen die genannten Parteien damit, dass die vorgesehenen Mittel zu knapp sind, da erheblicher Handlungsbedarf bestehe.

Eine gleichmässige Verteilung der Mittel auf alle Förderbereiche wird von der **SP** gefordert.

Verbände der Wirtschaft

Betreffend die Höhe des vierjährigen Verpflichtungskredits fordert **Gastro.Suisse** einen Kredit in der Höhe von 112 Millionen Franken, der **Kaufmännische Verband** und **SBLV** von

224 Millionen Franken und der **SGB** von 750 Millionen Franken. Der **SGB** und **Travail.Suisse** wollen eine unbegrenzte Geltungsdauer bzw. eine Weiterführung der Massnahmen, bis die Förderziele erreicht sind.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Mehrheit der Organisationen fordert eine Erhöhung der Mittel für die Programmvereinbarungen. Die meisten (**a:primo, Agile, Alliance Enfance, alliance F, ARTISET, EKFF, EKKJ, kibesuisse, Kinderschutz Schweiz, Muskelgesellschaft, Organisation Graap, Pro Juventute, Procap, SF MBV, SHV, SSLV** und **Hiki**) sprechen sich für eine Erhöhung auf 224 Millionen Franken für vier Jahre aus. Wobei **Procap** eine weitere Erhöhung fordert für den Förderbereich Kinder mit Behinderungen, sollte bei der erhöhten Betreuungszulage nicht bis zum Faktor 3 erhöht werden. **Agile, alliance F, EKKJ, Organisation Graap, Procap** und **Hiki** befürworten im Rahmen eines Eventualantrags 168 Millionen Franken. Die **EKF, EFS** und **Pro Familia** fordern 750 Millionen Franken.

Die **EKF** und **Pro Familia** kritisieren die zeitliche Befristung der Programmvereinbarungen. Die **EFS** fordern eine Weiterführung der Programmvereinbarungen bis die Förderziele erreicht sind.

5.4 Statistiken

Nur wenige Vernehmlassungsteilnehmende äusserten sich explizit zur Statistik. Sofern sie dies taten, befürworteten sie mehrheitlich eine Statistik. Wobei mehrere Kantone sowie der SGV und SSV einen Verzicht auf die frühe Förderung fordern. Einige Organisationen fordern eine Ausweitung auf die spezifische Situation von Kindern mit Behinderungen und Kleinkindern unter 18 Monaten.

Kantone und Dachverbände der Gemeinden und Städte

Der Kanton **BS** spricht sich für die Statistik, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist aus. 7 Kantone (**AG, BE, BS, GE, OW, TI** und **VS**) sowie der **SGV** und **SSV** begrüssen die Statistik im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung, fordern jedoch einen Verzicht auf den Bereich der Frühen Förderung. Ein Verzicht auf den Bereich frühe Förderung fordert auch **SG** als Eventualantrag. Der Kanton **SH** lehnt eine Statistik ab.

Politische Parteien

Explizit für eine nationale Statistik sprechen sich **die Mitte Frauen** aus.

Verbände der Wirtschaft

Sowohl der **KFMV** als auch der **SAV** unterstützen explizit die Einführung einer Statistik, wobei der **SAV** darauf hinweist, dass Mitnahmeeffekte um jeden Preis verhindert werden müssten. Eine Voraussetzung sei dabei, dass die Beteiligungen der Kantone an der Finanzierung von Drittbetreuungsangeboten für Kinder in den jeweiligen Kantonen erhoben werde. Nur so könne ein System aufgebaut werden, dass einen Anreiz schaffe für die Kantone, ihre Finanzierung zu erhöhen oder zumindest nicht zu reduzieren. Der **KFMV** fordert zudem, dass die Statistik erweitert werde und die spezifische Situation von Kindern mit Behinderungen und Kleinkindern unter 18 Monaten berücksichtige.

Weitere Organisationen und interessierte Kreise

Die Organisationen **a:primo**, **Agile**, **Alliance Enfance**, **alliance F**, **EKFF**, **kibesuisse**, **Kinderschutz Schweiz**, **Muskelgesellschaft**, **Organisation Graap**, **Procap**, **SF MVB**, **SHV** und **SSLV** begrüßen die Statistik. **Hiki** fordert einen Verzicht auf die frühe Förderung. Die Organisationen **EKFF**, **kibesuisse**, **Organisation Graap**, **Procap** und **SHV** wünschen eine zusätzliche Berücksichtigung der spezifischen Situation von Kindern mit Behinderungen und Kleinkindern unter 18 Monaten.

6 Anhang

Liste der im Bericht genannten Vernehmlassungsteilnehmenden (mit den verwendeten Abkürzungen)

1. Kantone Cantons Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rhodes-Intérieures / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rhodes-Extérieures / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea Campagna
BS	Basel Stadt / Bâle-Ville / Basilea Città
FR	Fribourg / Freiburg / Friburgo
GE	Genève / Genf / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuchâtel / Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Ticino / Tessin
UR	Uri
VD	Vaud / Waadt
VS	Valais / Wallis / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

2. Politische Parteien

Partis politiques

Partiti politici

	Die Junge Mitte Schweiz Jeunes du Centre Suisse Giovani del Centro
	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro -
	Die Mitte Frauen Le Centre Femmes Alleanza del Centro Donne
EVP PEV PEV	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique suisse Partito evangelico svizzero
FDP PLR PLR	FDP.Die Liberalen PLR.Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali
FDP-Frauen PLR-Femmes PLR-Donne	FDP.Die Liberalen Frauen PLR.Les Libéraux-Radicaux Femmes PLR.I Liberali Radicali Donne
GLP PVL PVL	Grünliberale Partei Schweiz Parti vert'libéral suisse Partito verde liberale svizzero
GPS Les Verts I verdi	Grüne Partei der Schweiz Parti écologiste suisse Partito ecologista svizzero
SP PS PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero
SP Frauen	SP Frauen Femmes socialistes
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre Unione Democratica di Centro

3. Dachverbände der Städte und Gemeinden und der Berggebiete
Associations faîtières des villes, des communes et des régions de montagne
Associazioni mantello delle città e dei Comuni e delle regioni di montagna

SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
ACS	Association des Communes Suisses
ACS	Associazione dei Comuni Svizzeri
SSV	Schweizerischer Städteverband
UVS	Union des villes suisses
UCS	Unione delle città svizzere

4. Verbände der Wirtschaft
Associations de l'économie
Associazioni dell'economia

Ständige Adressaten Destinataires permanents Destinatari permanenti	
AGV BS	Arbeitgeberverband Region Basel
CP	Centre Patronal
	economiesuisse
	EIT.swiss
FER	Fédération des Entreprises Romandes Genève
GastroSuisse	Verband der Hotellerie und Restauration Fédération nationale de l'hôtellerie-restauration Federazione dell'Albergheria e della Ristorazione svizzera
	Handel Schweiz Commerce Suisse Commercio Svizzera Swiss Trade
	HotellerieSuisse
KFMV	Kaufmännischer Verband Schweiz
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
UPS	Union patronale suisse
USI	Unione svizzera degli imprenditori
SBLV	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband
USPF	Union suisse des paysannes et des femmes rurales
USDCR	Unione svizzera delle donne contadine e rurali
SBV	Schweizer Bauernverband
USP	Union Suisse des Paysans

USC	Unione Svizzera dei Contadini
SBMV	Schweizerischer Baumeisterverband
SSE	Société Suisse des Entrepreneurs
SSIC	Società Svizzera degli Impresari-Costruttori
SDV	Schweizerischer Drogistenverband
ASD	Association suisse des droguistes
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
USS	Union syndicale suisse
USS	Unione sindacale svizzera
Schw. GV	Schweizerischer Gewerbeverband
USAM	Union suisses des arts et métiers
USAM	Unione svizzera delle arti e mestieri
SOHK	Solothurner Handelskammer
	Swissmem
	Travail.Suisse
ZHK	Zürcher Handelskammer

5. Durchführungsstellen

Organes d'exécution
Organi d'esecuzione

AK ALV	Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung
CSAC	Commission de surveillance du fonds de compensation de l'assurance-chômage
CS AD	Commissione di sorveglianza per il fondo di compensazione dell'AD
KKAK	Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen
CCCC	Conférence des caisses cantonales de compensation
CCCC	Conferenza delle casse cantonali di compensazione
VSAA	Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbahörden
AOST	Association des Offices suisses du travail Associazione degli Uffici svizzeri del Lavoro
VVAK	Schweizerische Vereinigung der Verbandsausgleichskassen
ACCP	Association suisse des caisses de compensation professionnelles

6. Weitere Organisationen und interessierte Kreise

a:primo	Spielend lernen Apprendre en jouant Apprendere giocando
	Agile

	Alliance Enfance
alliance F	Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance de sociétés féminines suisses Alleanza delle società femminili svizzere
	Arbeitsgruppe Jugend und Familie
ARTISET	Föderation der Branchenverbände der Dienstleister für Menschen mit Unterstützungsbedarf
	Chäferfäscht GmbH
	Chinderhuis Nidwalden
	Chinderhuus Aarau
EFS FPS	Evangelische Frauen Schweiz Femmes protestantes en Suisse
EKF CFQF CFQF	Eidg. Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines Commissione federale per le questioni femminili
EKFF COFF COFF	Eidg. Kommission für Familienfragen Commission fédérale pour les questions familiales Commissione federale per le questioni familiari
EKKJ CFEJ CFIG	Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse Commissione federale per l'infanzia e la gioventù
	Einwohnergemeinde Kandersteg
	Familea
Fiorino	Fiorino Kinderbetreuung
	Gemeinnützige Frauen Aarau
	GF KITAS MURIFELD
Organisation Graap Graap – Association	Groupe d'accueil et d'action psychiatrique
Hiki	Verein für Hirnverletzte Kinder
insieme	Schweizerische Vereinigung der Elternvereine für Menschen mit geistiger Behinderung Fédération suisse des associations de parents de personnes mentalement handicapées
	KIBE Region Huttwill AG
kibesuisse	Verband Kinderbetreuung Schweiz

	Fédération suisse pour l'accueil de jour de l'enfant Federazione svizzera delle strutture d'accoglienza per l'infanzia
	Kinderbetreuung GGS
	Kinderschutz Schweiz Protection de l'enfance Suisse Protezione dell'infanzia Svizzera
	Kinderkrippe Olten
	Kinderkrippe Storchenäsch
	Kinderkrippenverein Dietikon
	Kinder-Oase GmbH
	Kindertagesstätte Zwärgehuus GmbH
	KIMI Krippen AG
	Kim Rolli
KiQ	Unabhängige Kitas für Qualität Crèches indépendantes pour la Qualité
	Kita Bachtelen
	Kita Calimero
	Kita Chliinä Chnopf
	Kita Colorin
	KiTa Gwundertrücke
	Kita Känguru Aare
	Kita Känguru Freihof
	Kita Känguru Guyerweg
	Kita Känguru Telli
	Kita Hand in Hand GmbH
	Kita Nepomuk
	Kitapunkt
	Kita Sandkasten GmbH
	Kita Spiez
	KiTa Sunneschyyn Birsfelden GmbH
	Kita ZugWest GmbH
	Kinderwelt Jegenstorf
	Ombudsstelle Kinderrechte Schweiz Office de l'Ombudsman des droits de l'enfant Suisse

	Ufficio dell'Ombudsman dei diritti dei bambini Svizzera
Pop e poppa	Gruppe pop e poppa servicefamille
Procap	Procap Schweiz Procap Suisse Procap Svizzera
Pro Enfance	Plateforme romande pour l'accueil de l'enfance
Pro Familia	Dachverband der Familienorganisationen in der Schweiz Association faîtière des organisations familiales de Suisse Associazione mantello delle organizzazioni per le famiglie in Svizzera
	Pro Juventute Schweiz Pro Juventute Suisse Pro Juventute Svizzera
SAVOIRSOCIAL	Schweizerische Dachorganisation der Arbeitswelt Soziales Organisation faîtière suisse du monde du travail du domaine social Organizzazione mantello svizzera del mondo del lavoro in ambito sociale
	Schweizerische Muskelgesellschaft
SF MVB AS CPE AS CGB	Schweizerischer Fachverband Mütter- und Väterberatung Association suisse des consultations parents-enfants Associazione svizzera per la consulenza genitori bambini
	Schweizerischer Gehörlosenbund Fédération Suisse des Sourds Federazione Svizzera dei Sordi
SHV FSSF FSL	Schweizerischer Hebammenverband Fédération suisse des sages-femmes Federazione svizzera delle levatrici
SRK CRS CRS	Schweizerisches Rotes Kreuz Croix-Rouge suisse Croce Rossa Svizzera
SSLV FSAJ	Schweizerischer Spielgruppen-LeiterInnen-Verband Fédération suisse des animatrices de groupes de jeux
	Stiftung Zukunft CH Fondation Futur CH
	Stadt St. Gallen Tagesbetreuung
	Tagesfamilien Emme plus
	Take best care GmbH

	Tagesfamilien Zürcher Unterland
	Verein ABB Kinderkrippen
	Verein Chinderhuus Turbenthal
	Verein evangelische Kinderkrippe Frohheim Luzern
	Verein Kinderbetreuung Region Sursee
	Verein Kinderkrippe Sennhof
	Verein Kindertagesstätten mittleres Emmental
	Verein KITAs Fraubrunnen - Utzenstorf
	Verein Nestwärme Kinderbetreuung Studen
	Villa Kunterbunt Zihlschlacht